

autonomes
Blättchen
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover
4
POLIZEI
I
SABOTAGE
SPD
...UND WIE SETZT DU DICH ZUR WEHR?



Spenden:
Für die antimilitaristische Antirepressionsarbeitbrauchen wir natürlich weiterhin viel Geld. Deshalb spendet bitte fleißig! Entweder gut verpackt an die Postadresse oder auf folgendes Konto:

Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 0010 808 858
BLZ: 760 100 85
Stichwort: Biwak 09

Die Kohle wird ausschließlich für die Unterstützung von staatlich verfolgten Antimilitarist_innen verwendet!

Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Impressum:
Blättchen Nr. 4 Oktober/November 2010

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail: autonomes.blaettchen@web.de

Post: Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 5. Ausgabe:
31.12.2010 (es sei den es gibt vorher einen Prozess)

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP: Dieter Dengler, Waterloostr. 9, Hannover

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Hallo,
Es ist mal wieder soweit. Ihr haltet jetzt die mittlerweile vierte Nummer des Autonomen Blättchens in den Händen. Als dieses Vorwort entsteht, scheint gerade mal wieder die Sonne, aber ansonsten ist das Wetter eher schlecht für die Jahreszeit. Dem schlechten Wetter setzt die radikale Linke erfreulicherweise einen heißen Herbst entgegen. Zu erst soll Anfang November, neben den üblichen Kleingruppenaktionen, der Castor massenhaft geschottert werden. Danach wird die Innenministerkonferenz in Hamburg versenkt. Zu beiden Anlässen gibt es in dieser Ausgabe mehr zu lesen. Darüber hinaus haben wir uns eine Studie des „Zentrums für die Transformation der Bundeswehr“ genauer angeschaut, in der es den nahezu unvermeidbaren Zusammenbruch der Weltwirtschaft an die Wand malt, sobald der Punkt überschritten ist, an dem die Menge des verbrauchten Erdöls die Menge des geförderten übersteigt. Auch einer LKA-Studie zum Thema „Sicherheit und Wohlfühlen in Linden-Mitte“ haben wir uns für euch angenommen und sie dann auseinandergenommen. Zu beiden Studien findet ihr im Heft ausführliches.
Passend zu der Peak-Oil-Studie gibt’s noch energische Artikel zum Ausstieg aus dem Atomausstieg.
Außerdem haben wir noch eine ausführlichere Auswertung des Widerstands gegen das diesjährige Sommerbiwak und ein Ausblick aufs nächste Jahr mit rein genommen.
In dem Verfahren zu dem dieses Jahr tatsächlich abgebrannten Pavillon hat der Staatsschutz ein gutes Dutzend Zeug_innenvorladungen verschickt. Die von den Bullen Eingeladenen haben darauf hin eine kollektive Erklärung abgegeben, die wir hier nochmal veröffentlichen. Zu dem 2009er Verfahren wegen des versuchten Abfackelns des VIP-Pavillons im hannoverschen Stadtpark, gibt es nicht viel neues zu sagen. Die Staatsanwaltschaft hat vor über 3 Monaten verlauten lassen, dass sie innerhalb von sechs Wochen die Berichte des LKAs ausgewertet haben wird und entscheiden würde ob sie mit dem Verfahren vor Gericht geht oder nicht. Weder gibt es einen Gerichtstermin noch sonst irgendwelche weiteren, öffentlich wahrnehmbaren Schritte. Der Computer und die anderen beschlagnahmten Speichermedien sind dem Beschuldigten, trotz längst abgeschlossener Spiegelung der Daten, immer noch nicht wieder ausgehändigt worden. Dafür haben die Bullen nun ein weiteres Verfahren wegen Urheberrechtsverstößen eröffnet. Es bleibt abzuwarten was daraus wird.Gerade weil die Bullen Computer bei Hausdurchsuchungen in der Regel mit nehmen, kann euch auch hier nur nochmal dazu geraten werden, eure gesamten Festplatten, inkl. „geklauter Musik“ und anderer „Raubkopien“, zu verschlüsseln (z.B. mit True Crypt, Anleitungen gibt es im Netz zu Hauf) und politisch brisante Daten nicht auf dem heimischen PC oder USB-Stick zu lagern, sondern in sicheren Verstecken wegzubunkern.
Im Rahmen der diesjährigen Sommerbiwakproteste haben Antimilitarist_innen ein Polizeiauto in der Innenstadt in Brand gesetzt. (Eine Erklärung dazu dokumentieren wir in dieser Ausgabe.) Die Bullen geben in einer Pressemitteilung an, die Auswertung von Aufnahmen einer Kamera hätte ergeben, dass zwei Personen „dringend Tat verdächtig“ seien. Deshalb suchen sie nun, mit sehr unkonkreten Beschreibungen von Klamotten und einem Fahrrad, nach zwei Personen. Vielleicht solltet ihr mal darüber nachdenken, eure Klamotten und leider auch euer Fahrrad aus der Nacht zu entsorgen, falls das nicht schon geschehen ist. Passt auf euch auf!
Als wir gehört haben, dass vielleicht die erste Panzerdivision aufgelöst wird, haben wir schon befürchtet, dass uns in Hannover das Ziel für antimilitaristische Aktionen genommen wird. Als die Bundeswehr dann auch noch das Adventskonzert und das Gelöbnis in Bordenau abgesagt hat, wurde uns schon richtig mulmig zumute. Aber es wird ja nur die Divisionsebene durch die Umstrukturierung der BW verändert und uns wird die Leiteinheit der Bundeswehr im Ausland wohl noch sehr viel länger als uns lieb ist, erhalten bleiben. Durch die Umstrukturierung stellen sich allerdings zwei ganz konkrete Fragen. Was ist mit der Patenschaft der Stadt Hannover mit der ersten Panzerdivision, wenn es in der Form keine erste Panzerdivision mehr gibt? Und was wird aus dem Sommerbiwak? Auf die letzte der beiden Fragen hat Generalmajor Kneip - der Kommandeur der Panzerdivision - neulich in einem Interview in der HAZ schon geantwortet. Sie versuchen ihr möglichstes, dass es weiter stattfinden kann, sie werden allerdings in der Trauerzeit, falls wieder einer ihrer Soldaten getötet wird, kein Fest abhalten.

Bis Bald und wir freuen uns immer noch über eingeschickte Artikel und Spenden.



Wir sind eine Unterstützungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_innen. Wir unterstützen Alle, die in der Region Hannover der Repression des kriegerischen Deutschland ausgesetzt sind. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit den Folgen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr 2009 im hannoverschen Stadtpark

Widerstand gegen das Sommerbiwak 2010

Über 500 Antimilitarist_innen haben sich an den Protesten gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover beteiligt. Die Zahl der Biwakbesucher und Besucherinnen sank dagegen erneut auf nun noch 5500.
Die Demos und Kundgebungen rund um den Stadtpark waren die meiste Zeit sehr laut und wurden durch kleinere Aktionen wie blutige Händeattrappen auf Gäste und Farbeier auf eine Guttenberg-Puppe werfen, begleitet.
Der Eingang des Biwaks wurde ca. 30 Minuten durch einen Die-In von 30 Leuten blockiert.



Auch innerhalb des Stadtparks kam es erneut zu Protesten. Im Vorfeld und am Abend gab es einige militante Aktionen.
Die Hauptkundgebung gegen das Gartenfest der 1. Panzerdivision Hannover startete um 17.30 Uhr vor dem Congress Centrum. Mit einigen Redebeiträgen und lauter Musik wurde versucht bis zum Eingangsbereich durchzudringen. Nach einer halben Stunde brach ein Großteil der Demonstrant_innen mit einem zweiten Lautsprecherwagen zu einem Krachrave auf. Mit ätzendem Techno, Gepöbel und Pfiffen wurde direkt entlang des Stadtparks auf der Clausewitzstr. hin und zurück demonstriert. Nach ca. 15 Minuten musste allerdings wegen beschissener Auflagen zum Schutz der Polizisten- und Polizistinnenohren 5 Minuten die Musik unterbrochen werden. Dies wurde genutzt um einen Redebeitrag, der sich an die Biwakgäste richtete zu halten.
Im Anschluss zog ein weiterer Demozug in das angrenzende Zooviertel zum „Hindenburghaus".
Damit sollte die ungebrochene Tradition des deutschen Militarismus und die immer noch bestehende Ehrenbügerschaft Hindenburgs in Hannover kritisiert werden.
Während die beiden Demozüge unterwegs waren, wurde die Hauptkundgebung fortgesetzt. Diese wurde zum Gäste bepöbeln und mit blutigen Händeattrappen bewerfen genutzt und endete mit einer kleinen Farbeierwurfshow auf eine Guttenberg-Soldaten-Puppe.
Den Abschluss der Proteste bildete eine erneute Demo entlang des Stadtparks bis zum Stabssitz der 1. Panzerdivision. Dabei waren, wie schon beim Rave, jegliche Krachmittel verboten. Außerdem musste der Lautsprecherwagen ab 19.30 Uhr, etwa auf der Hälfte der Strecke, bis zum Stabssitz ausgeschaltet werden. Trotzdem gelang es noch einmal lautstark unsere Wut und unseren Protest zum Ausdruck zu bringen.
Kurz vor dem Erreichen der Endkundgebung griff die Polizei zwei Personen wegen angeblicher Vermummung aus der Demo raus, ließ sie aber nach einigen Minuten wieder gehen.
Die wohl erfolgreichste Aktion des Tages war die 30 minütige Blockade des Eingangs des Stadtparks durch einen Die-In von 30 Leuten. Den Sommerbiwakgästen wurde ein blutiger Empfang bereitet.
Auch innerhalb des Festgeländes kam es erneut zu Protesten. Mindestens eine Rauchbombe wurde vor die Rednerbühne geworfen konnte aber leider schnell gelöscht werden. Eine Antimilitaristin, der dieser Wurf vorgeworfen wird, wurde mit bisher unbekanntem Straftatvorwurf festgenommen aber nach ca. 30 min. mit einem Platzverweis laufen gelassen. Außerdem kletterten 6 Linksparteiabgeordnete auf die Bühne, zeigten No-War-T-Shirts, riefen Parolen und verteilten Flugblätter. Diese wurden mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs festgenommen und ebenfalls kurz darauf wieder frei gelassen.
Insgesamt waren die diesjährigen Proteste aus unserer Sicht durchwachsen. Wir sehen also sowohl einige positive Entwicklungen als auch einige offenkundige Schwächen. Zunächst einmal positiv hervor zu heben ist, dass wir die Teilnehmer_innenanzahl der Demo auf über 500 steigern konnten. Das Sommerbiwak ist nach fünf Jahren des Widerstands zu einem der größten, regelmäßig stattfindenden antimilitaristischen Protesten geworden. In Anbetracht der Möglichkeiten des Widerstands, die sich in Hannover beim Biwak bieten und der immer weiter voranschreitenden Militarisierung sind es aber immer noch viel zu wenig. Weiterhin war der erstmalige Versuch zu Beginn des Biwaks nicht nur hinter Gittern, bewacht zu pöbeln sondern mit dem Rave und der Hindenburgdemo da raus zu kommen richtig. Insbesondere der Krachrave war eine gute Idee.

Wir müssen auch in Zukunft weiter daran überlegen wie wir noch näher an das Biwak ran kommen, denn im Gegensatz zu den ersten Jahren kommen nur noch vereinzelt Gäste direkt an der Kundgebung vorbei. Als direkte Störung und Eingriff in den Ablauf des Festes hat die Die-In-Blockade dieses Jahr am besten funktioniert. Insgesamt scheint das linksradikale Konzept, eine Mischung aus Ächtung, Störung und Aufbau eines Bedrohungsszenarios insofern auf zugehen, dass die Anzahl der Gäste erneut um 500 abnahm (nun 5500).
Die miesen Auflagen bezüglich Lärm und das Verbot eines Schwarzen Blocks zeigen auch, dass wir stören. Allerdings denken wir, dass vor allem der Umgang mit der Schwarzenblockauflage noch einmal gründlich diskutiert werden muss. So gab es zwar viele Leute in schwarz aber keinen Block. Es ist zwar richtig die Priorität auf die Störung des Biwaks und nicht auf die Durchsetzung eines Blocks zu legen. Aber da uns diese bekloppte Auflage vermutlich jetzt immer, auch bei anderen Anlässen, erteilt wird, muss dringend ein Umgang damit diskutiert werden. Zumal wir gerade nicht einschätzen können woran es lag, dass die Bullen keinen Stress wegen der vielen schwarz Gekleideten gemacht haben.
Erfreulich ist, dass es vor allem im Vorfeld einige militante Aktionen gab.
-Der Rosenpavillon, VIP-Bereich im Stadtpark, wurde abgefackelt.
-Bei zwei Commerzbanken wurden Scheiben eingeworfen und mit Farbe geworfen.
-Ein Bullenauto wurde angefackelt.
-Ein SPD Büro wurde entglast.
-Zwei Bullenwachen mit Farbe versaut.
(Dazu dokumentieren wir Erklärungen in dieser Ausgabe)
Bis auf die eine Bullenwache und einer Spontandemo von ca. 30 Leuten in Linden lief am Abend des Biwaks allerdings soweit wir wissen nichts.
Das lag bestimmt zum einen daran, dass hunderte Bullen und ein Hubschrauber unterwegs waren, zum anderen aber auch an unserer Schwäche Anschluss fähige Störaktionen zu organisieren.
Dass Abends nichts Größeres läuft ist jedenfalls auch nicht besser als die Erfahrung der letzten beiden Jahre, angemeldete Demo/Kundgebung im Bullenkessel.
Naja so oder so – der antimilitaristische Widerstand in Hannover wird weiter gehen und wir werden unser Bestes geben die guten Ansätze auszubauen. Wir werden uns nach etwas gründlicherer Diskussion nochmal mit einer ausführlicheren Analyse des bisherigen Widerstands und der Perspektive für das nächste Jahr melden. Bis dahin haben wir ja auch abseits solcher Events genug damit zu tun die alltägliche Militarisierung der Gesellschaft zu bekämpfen.
Autonome Antimilitarist_innen



Dokumentation 1: Angriffe auf Commerzbank

14.Juli 2010

„Wir haben 2 Commerzbankfilialen in Hannover mit Farbe und Steinen angegriffen. Während die Sozialausgaben immer weiter zusammengestrichen werden, kassierte sie über 18 Mrd. Bankenrettungsgelder.
Denn Kapitalismus ist ohne Krise nicht zu haben. Das weiß auch die Commerzbank. Deshalb arbeitet sie fleißig mit an der Absicherung dieser Wirtschaftsweise durch das Militär.
Die ist z.B. an dem Aufbau zivilmilitärischer Verbindungskommandos beteiligt, die Aufstände bekämpfen sollen.
Kapitalismus ist auch ohne Krieg nicht zu haben.
Deshalb steht sie ideell voll und ganz hinter dem Militär.
Während die Bundeswehr in Afghanistan Menschen tötet feiert sie mit der 1. Panzerdivision das Sommerbiwak.
Commerzbank und Bundeswehr angreifen!
Alle die am 7. August mit der Bundeswehr das Biwak feiern machen sich zum Ziel antimilitaristischer Aktivität!“

Dokumentation 2: Angriff auf Polizeiwache und SPD Büro

5. August 2010

„Wir haben bei der Polizeiwache in der Höfestr. und einem SPD Büro in Hannover Linden die Scheiben eingeworfen und beides mit Teerfarbe verziert. Polizisten forden leise Demos haben wir in der Zeitung gelesen. Wenn die Polizei mit Demonstrationsauflagen den Widerstand gegen Krieg, Bundeswehr und das Sommerbiwak mundtot machen will, werden wir uns militant Gehör verschaffen. Die Polizei hat es aber auch wegen ihrer offiziellen Unterstützung fürs Biwak erwischt. Die SPD hat es getroffen weil sie als Regierungspartei in Hannover die Patenschaft mit der 1. Panzerdivision pflegt. Und als Regierungspartei im Bund die Kriege gegen Serbien und Afghanistan angefangen hat.
Wir kämpfen für eine Welt ohne Partein, Polizei und Krieg. Deshalbwerden wir am 7. August das Sommerbiwak angreifen und im November die Innenministerkonferenz in Hamburg versenken!
Polizei und Militär den Kampf ansagen!“

Dokumentation 3: Aktion gegen Oberstleutnant der 1. Panzerdivision in Hamburg

Aktion gegen Torsten Sevecke,

Eimsbütteler Bezirksamtsleiter und Oberstleutnant der Reserve

im Stab der 1. Panzerdivision Hannover

"Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeige, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen."
(zitiert aus dem Flugblatt "Feinderkennung", ein eindeutiger Aufruf Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen; Abschnitt Aktionsvorschläge zu Offizieren)

Wir haben am 5.8.2010 die Haustür in der Roonstrasse 32 in Hamburg eingeworfen und Farbe an der Wand hinterlassen. Wir solidarisieren uns mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover gegen das jährlich im Stadtpark stattfindende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, herzliche Grüße an die Genoss_innen. Zusätzlich wollen wir die Tatsache denunzieren, dass ein hoher Offizier der Bundeswehr einen Hamburger Bezirk als Bürgermeister leitet. Auto abbrennen geht in der dicht geparkten Roonstrasse nicht, also erstmal nur Steine und Farbe gegens Haus.

Die 1. Panzerdivision umfasst 20.000 Soldat_innen. Sie beteiligt sich an den schnellen Eingreiftruppen der NATO und den EU battlegroups, ist eine der wichtigen Kampfformationen deutscher Auslandseinsätze. Momentan ist sie auf dem Balkan und in Afghanistan (ab 2011 als Leitdivision) unterwegs. Gemeinsam mit der Commerzbank hat sie die vergangenen Jahre den Celler Trialog ausgerichtet und den Celler Appell initiiert, welcher Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen propagiert. Die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft ist ihr ein besonderes Anliegen. Schon mehrere Jahre gehen Antimilitarist_innen gegen das Sommerfest der Panzermörder, für die die Stadt Hannover eine Patenschaft übernommen hat, vor. Am kommenden Samstag wird die Stadt einen bunten Strauss antimilitaristischen Aktivismus erleben. Ein Veranstaltungspavillon im Stadtpark ist bereits im Juni abgefackelt.

Keine Ruhe der Bundeswehr –
bei ihren Werbeveranstaltungen an den Schulen, Unis, Arbeitsagenturen
bei ihren Feiern, Gelöbnissen, "Gottesdiensten"
und auch nicht "zu Hause", es gibt kein ruhiges Hinterland!

Anmerkung: Alle Hamburger Bezirksamtsleiter haben angekündigt ihre Bezirklichen Ordnungsdiensttruppen im Schulterschluss mit dem Bezirk Altona gegen das Schanzenviertelfest am 4.9.2010 aufmarschieren zu lassen.
Dies wird das Fest nicht verhindern, es wird so oder so stattfinden.
Wir werden viele sein und zornig!
Rote Flora bleibt!

Dokumentation 4: Bullenwagen angefackelt

7. August 2010

„Aktionserklärung
Hannover ist Kriegsgebiet!
Während die Bullen rundherum das schwere Kriegsgerät bewachen, haben wir in der letzten Nacht mit handelsüblichen Hilfsmittelchen ein paar Bullenkarren am Raschplatz angefackelt.
Wenn sie uns nicht demonstrieren lassen, wie wir möchten, müssen und werden wir andere Wege finden, unseren Widerstand zum Ausdruck zu bringen.
Bundeswehr wegtreten! Polizeistaat einschmelzen! Für die soziale Revolution!"

Der Bullenticker dazu:

„Gestern gegen 02:10 Uhr (07.08. morgens) haben Unbekannte an der Rundestraße (Mitte) den rechten Vorderreifen eines Einsatzfahrzeugs der Bundespolizei in Brand gesetzt. In der vergangenen Nacht wurde das Gebäude der Polizeistation Hemmingen an der Göttinger Straße (Arnum) mit Farbe beschädigt.
Die Beamten konnten das Feuer, das sich auf den rechten Vorderreifen und Kotflügel des Mercedes Vito ausgebreitet hatte, schnell unter Kontrolle bringen. Das Einsatzfahrzeug war auf dem Parkplatz der Bundespolizei an der Rundestraße abgestellt gewesen.
Ein Zeuge hatte die Polizei alarmiert, nachdem er in der vergangenen Nacht Farbschmierereien an der Polizeistation Hemmingen bemerkt hatte. Die Beamten stellten bräunliche Farbanhaftungen an der Eingangstür, mehreren Fenstern, der Außenfassade und dem Polizeischild neben der Tür fest. Die Ermittler schließen Zusammenhänge zu den Sachbeschädigungen am Gebäude der Polizeistation List vom 05.08.2010 und einer ähnlich gelagerten Tat auf das SPD-Parteibüro an der Limmerstraße vom 03.08.2010 nicht aus. Zu diesen Taten haben sich Gegner des „Sommerbiwak" der Bundeswehr bekannt. Die Ermittlungen dauern an." *(gekürzt)*

Passt auf euch auf!

Die Bullen geben in einer weiteren Pressemitteilung vom 17. September an, die Auswertung von Aufnahmen einer Kamera hätte ergeben, dass zwei Personen „dringend Tat verdächtig" seien.
Deshalb suchen sie nun, mit sehr unkonkreten Beschreibungen von Klamotten und einem Fahrrad, nach zwei Personen. Vielleicht solltet ihr mal darüber nachdenken, eure Klamotten und leider auch euer Fahrrad aus der Nacht zu entsorgen, falls das nicht schon geschehen ist.

Polizei verhindert Rave

Der Protest gegen das Sommerbiwak sollte bereits am Vortag beginnen.
Mit einer Rave-Parade wollte das Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" am Stadtpark vorbei in die Innenstadt ziehen.
Diese Losung aus dem Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald gilt heute wie damals. Mit dem Rave sollte sowohl die am Samstag stattfindenden Proteste gegen das Sommerbiwak, als auch den Widerstand gegen den geplanten Naziaufmarsch in Bad Nenndorf am kommenden Wochenende unterstützt werden.
Der Rave konnte jedoch nicht stattfinden. Der Grund dafür war eine Demo-Auflage, die festlegte die Musikanlage auf eine bestimmte Lautstärke einzustellen und von einer Fachkraft der Stadt versiegeln zu lassen. Nicht nur das dieser Vorgang schlappe 500 € gekostet hätte – auch Nachfragen bei der Stadt Hannover ergaben, dass es schlicht unmöglich gewesen wäre eineN TechnikerIn für diese Aufgabe innerhalb von nicht mal einer Woche zu finden.
Es kann davon ausgegangen werden, dass der Polizei als Versammlungsbehörde dieser Umstand bekannt gewesen ist.
Mit dieser Auflage wäre es der Polizei möglich jede Versammlung unter freiem Himmel faktisch zu verbieten. Die Erfahrung von der Parade steht nicht alleine, denn auch die OrganisatorInnen der Proteste gegen das Sommerbiwak haben restriktive Auflagen bekommen: Menschen, die zu dunkel gekleidet sind, dürfen nicht nebeneinander hergehen und Musik darf nur mit Pausen gespielt werden. Ähnliche Auflagen hat der DGB als Anmelder für eine Demo gegen Nazis in Bad Nenndorf bekommen.
Diese Beispiele sind ein Vorgeschmack auf das neue Versammlungsgesetz, das demnächst in Niedersachsen beschlossen werden soll. Es geht um Systemstabilisierung und Herrschaftssicherung!
gekürzt von www.antifa-hannover.de

Blutiger Empfang für Gäste des Sommerbiwaks

Den Kriegstreiber_innen einen blutigen Empfang…
… bereiteten am 07.08.2010 dreißig Antimilitarist_innen den Gästen des Sommerbiwaks der 1. Panzerdivision in Hannover.
Es ist 19:10h, der Soldat in der Paradeuniform, die Dame mit Hut und Galarobe, der Kapitalist im Abendanzug, die Stadtvertreterin im kleinen Schwarzen… Zusammen streben sie freudig dem Haupteingang des Hannover Congress Centrums entgegen. Eine Jazzkapelle trötet schwungvolle Willkommensmusik…
Doch kurz vor dem Eingang gerät der Strom der Gäste ins Stocken. Auf dem Boden liegen reglos 30 Frauen und Männer in Abendkleidern und Anzügen über und über mit Kunstblut verschmiert und blockieren den Zutritt. Daneben ein Transparent mit der Aufschrift: „Den Kriegstreiber_innen einen blutigen Empfang!"
Das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision - die Eingreiftruppe des deutschen Heeres - wird von Bundeswehr und Stadtpolitik als „schönstes Gartenfest Europas" verharmlost. Jährlich versammeln sich hier ca. 6000 Vertreter_innen aus Militär, Wirtschaft und Politik um den gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr zu demonstrieren.
Doch wer (sich) hier feiert, ist bereit über Leichen zu gehen, denn Krieg ist ein blutiges Geschäft. Das bekamen die Gäste hautnah zu spüren als sie an den blutverschmierten Aktivist_innen vorbei mussten. Eine halbe Stunde war so der Eingang zum Sommerbiwak als „Kriegsgebiet" markiert.
Nach ca. 10 Minuten begann der „Abtransport der Leichen" durch die Polizei. Nach und nach wurden die Antimilitarist_innen einzeln zum Aufstehen aufgefordert, teilweise weggeschleift oder getragen. So konnte die Blockade insgesamt eine halbe Stunde aufrechterhalten werden. Nach einer Personalienfeststellung mit Fototermin und einem Platzverweis, konnten die „Blutigen 28" ihrer Wege ziehen.
„Ihr die ihr Kriege führt und feiert für eure Sicherheit, seit euch sicher, ihr seit nicht sicher! Keine Gitter, keine Uniformen, kein Dresscode, keine Polizei, keine Feldjäger, kein Geld schützt euch wirklich…!
Wo ihr auch auftaucht, macht euch klar, wir sind sicher auch schon da!"

5 Jahre Widerstand - Was nun?

In den letzten fünf Jahren hat sich in Hannover kontinuierlicher Widerstand gegen Militarisierung und Bundeswehr entwickelt. Die jährlichen Proteste gegen das Sommerbiwak sind der größte und wahrnehmbarste Teil davon. Wir werden an dieser Stelle nicht die ganze Entwicklung nachzeichnen, sondern versuchen, anhand der Proteste des letzten Jahres Stärken, an die angeknüpft werden könnte und Schwächen, an denen wir arbeiten müssen, aufzuzeigen.
Es ist in den letzten Jahren gelungen, das Biwak von einer Selbstverständlichkeit zu einem umstrittenen Thema in der Stadt zu machen. Aufgrund der Kontinuität antimilitaristischen Protestes und direkter Aktionen im Vorfeld gab es die letzten beiden Jahre großes mediales Interesse. Die Mischung aus Ächtung, direkter Störung und Aufbau eines Bedrohungsszenarios sorgte für den Verlust von ca. 1.000 Gästen in den letzten 2 Jahren.
Doch der positive Effekt der Kontinuität droht aus unserer Sicht zu kippen. Das größte Problem ist, dass die Bullen und die Biwakorganisatoren und Organisatorinnen mittlerweile wesentlich besser auf Proteste eingestellt sind. Dies und die offensichtlich auf Friede, Freude, Eierkuchen eingeschworene Presse machen die Organisation realer Störung und die Aufrechterhaltung eines Bedrohungsszenarios zunehmend schwierig. Im Gegensatz zu den ersten Jahren kommen nur noch ein paar Handvoll Biwakgäste direkt an der Kundgebung vorbei. Die beiden kleineren Demos und vor allem das Die-In vor dem Eingang waren zwar Schritte in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht aus. Wenn wir das Ziel, das Biwak langfristig zu verhindern, beibehalten wollen, müssen wir mehr direkte Eingriffe in den Ablauf organisieren. Auch wenn dies wahrscheinlich nicht durch bzw. von den Demos aus erreichbar ist, müssen wir dringend diskutieren, wie wir offensiver mit beschissenen Demoauflagen umgehen können. Die Demos sind unser Meinung nach lediglich gut, um zu zeigen, dass wir relativ viele sind und um nicht organisierten Leuten einen Anschluss zu ermöglichen. Aber zur Störung des Biwaks taugen sie mittlerweile nicht mehr all zu viel. Trotzdem müssen wir, gerade wenn nächstes Jahr das neue Versammlungsgesetz in Kraft getreten ist, überlegen wie wir die Demos gestalten. Denn einerseits laufen wir durch die Ritualisierung und der damit einhergehenden Einschränkung Gefahr, dass weniger Leute es attraktiv finden an den Protesten teilzunehmen. Andererseits gab es dieses Jahr ziemlich viele Lücken in dem Sicherheitskonzept der

KEIN FRIEDEN MIT DER BUNDESWEHR

Bullen. Nur wurden diese leider zu wenig genutzt. So wäre z.B. spätestens nach dem Chaos rund um das Die-In ein Durchbruch zum Eingang möglich gewesen. Auch an anderen Stellen war oft viel möglich. Dies wurde aber nur zeitweise ausgenutzt. Als positives Beispiel für das Ausreizen unseres Handlungsspielraums ist das Bewerfen von Gästen bei der sog. Hindenburgdemo zu nennen. Davon hätten wir gerne noch mehr gehabt.
Die Presseberichterstattung zum Biwak zeigt außerdem, dass nicht nur zum Organisieren von Störaktionen, sondern auch zum Aufrechterhalten eines Bedrohungsszenarios mehr nötig ist als dieses Jahr. War die Berichterstattung 2009 noch davon geprägt, dass die Bullen selbst versuchten, den Widerstand als gefährlich zu kennzeichnen (Schlagzeilen wie Farbanschlag auf Festgäste), haben sie nun grundsätzlich ihre Strategie gewechselt. Um behaupten zu können alles sei ruhig und friedlich gewesen, wurde sogar auf Festnahmen verzichtet. Während Antimilitarist_innen sonst oft stundenlang wegen kleiner Aktionen eingesperrt wurden, ließen die Bullen dieses Jahr ca. 40 Leute, die in den Jahren vorher verhaftet worden wären, nach einer Personalienkontrolle gehen. Die Antimilitarist_innen, die 2009 innerhalb des Biwaks ein Transparent gezeigt hatten, wurden bis tief in die Nacht festgehalten. Die Antimilitaristin, der dieses Jahr der Wurf einer Rauchbombe vor die Rednerbühne vorgeworfen wird, wurde sofort freigelassen. Es ist absurd, was die lokale Presse nach dem Biwak so schreibt. Während vorher ein bisschen Farbe an einer Bullenwache für die Titelseite und mittelschwerer Hysterie reichten, hieß es im Nachhinein alles wäre friedlich und unter Kontrolle gewesen – Blockade des Eingangs, Rauchbombe vor der Bühne, angezündetes Polizeiauto, eine weitere farbige Wache u.a. wurden nur am Rande erwähnt oder klein geschrieben. Der Wille, nicht mehr zur Erzeugung eines Bedrohungsszenarios und damit eines weiten Verlustes von Gästen beizutragen, ist offensichtlich groß.
Wir denken aber, mit besseren Strukturen und mehr Leuten ließen sich nicht nur die Störfähigkeit und das Bedrohungsszenario aufrechterhalten, sondern die Dur chführbarkeit des Biwaks in Frage stellen. Das Biwak ist nicht so etwas wie ein Kongress, den die Bullen im Zweifel mit Sicherheitszonen abschirmen können. Der Festcharakter des Biwaks ist ein entscheidender Punkt, wenn alle Gäste durch zig Sicherheitsschleusen müssten, wäre die Feststimmung dahin. Deshalb ist das Biwak ein Ereignis bei dem ein erfolgreiches Verhindern oder zumindest so massive Störungen möglich sind, dass der Festcharakter nicht aufrecht zu erhalten ist.
Wir denken, dass es ein begrenztes Zeitfenster gibt dies umzusetzen. Denn wir befürchten, dass der Protest zum Ritual verkommen und zunehmend an Attraktivität verlieren wird, wenn es nicht mehr als die kleinen Schrittchen der vergangenen Jahre, nach vorne geht. Gerade weil das Biwak nicht die politische Bedeutung hat, wie z.B. der Celler Trialog sie gehabt hätte, wollen wir noch einige weitere Überlegungen ausführen, damit in den nächsten Wochen und Monaten Hannoveraner und bundesweite Bezüge diskutieren können, ob sie sich vorstellen können an einem solchen Projekt mitzuwirken.

Wie könnte es weiter gehen?

Antimilitarismus entwickelt sich zunehmend zu einem der wichtigsten Themenbereiche der radikalen Linken.
So sehr es erfreulich ist, dass es bundesweit sehr viele kleinere und größere antimilitaristische Aktionen und Initiativen gibt – wir denken, dass es mehr gemeinsame Erfahrungen und dynamischere Mobilisierungen braucht, um dieser Entwicklung einen Schub zu geben und um aus ihr eine politische Bewegung zu machen.
Der Kampf gegen die kriegerischen Verhältnisse sollte sowohl den materiellen Eingriff in das Funktionieren einer militarisierten Innen- und Außenpolitik umfassen, als auch die Zersetzung ihrer ideologischen Grundlagen.
Unserer Meinung nach könnte eine Mobilisierung gegen das Sommerbiwak beiden Aspekten gerecht werden. Dann zumindest gewönne sie eine Stärke, die über den lokalen Rahmen hinaus weisen könnte. Solche gemeinsamen Erfahrungen der Stärke brauchen wir, damit etwas in Bewegung kommt. Viele erfolgreiche Kleingruppenaktionen ersetzen nicht die Dynamiken, die überregionale Mobilisierungen auslösen können, weil sie selten das politische Potential besitzen, tatsächlich zusammenführende, für Viele erlebbare Momente zu schaffen. Wir würden gerne ausprobieren, welches Mobilisierungspotential und welche politische Wirkmächtigkeit die antimilitaristischen Zusammenhänge gemeinsam entwickeln können. Noch können wir nicht wirklich einschätzen, welche Rolle der Widerstand gegen das Sommerbiwak dabei spielen kann. Doch wir denken, dass nach dem Ende der Gelöbnix-Proteste in Berlin und dem Abflauen der Anti-SIKO-Aktivitäten in München eine Chance besteht, in Hannover einen vorübergehenden Kristallisationspunkt antimilitaristischen Widerstandes zu etablieren.
Sicher hat das Sommerfest der 1. Panzerdivision (die es so vielleicht in Zukunft gar nicht mehr geben wird) nur eine lokale Bedeutung; dessen politische Bedeutung zudem nicht z.B. mit der SIKO vergleichbar ist.

Dafür bieten sich praktische Möglichkeiten der Verhinderung (z.B. wenn der Festcharakter nicht mehr aufrecht zu halten ist). Außerdem könnte es über die Thematisierung der Rolle der 1. Panzerdivision und der wachsenden Bedeutung der militärischen Absicherung der kapitalistischen Ökonomie gelingen, dieses provinzielle High-Society Ereignis exemplarisch, als Knotenpunkt von Militarismus und Kapitalfraktion, zum Thema zu machen. Nach dem Motto: hier feiern die Gewinner_innen des deutschen Militarismus. Wir sollten herauskriegen, ob eine bundesweite Mobilisierung gegen das Sommerbiwak gelingen kann.
Natürlich gilt es nicht nur das politische Potential dieses Ansatzes zu erkunden. Wird die hannoversche Linke auch praktisch in der Lage sein, so etwas zu wuppen? Welchen konkreten Schwierigkeiten werden wir uns 2011 gegenübersehen? Schließlich wird das neue Niedersächsische Versammlungsgesetz dann bereits in Kraft sein. Damit werden wir einen sehr präzisen, pragmatischen und offensiven Umgang finden müssen. Lässt vielleicht die mögliche Entwicklung der politischen Weltlage das Sommerbiwak irrelevant werden (z.B. Angriff auf den Iran)? Gibt es 1. PD nächstes Jahr überhaupt noch?
Wir können das alles jetzt noch nicht beantworten. Wir wünschen uns aber, dass in den nächsten Wochen und Monaten über die Möglichkeit einer bundesweiten Mobilisierung gegen das Sommerbiwak 2011 sowohl in Hannover, als auch in den überregionalen Bezügen diskutiert wird. Auf die Plätze, fertig, los!
Eine autonome Gruppe


Brandanschlag im Stadtpark

Rosenpavillon in Flammen. 100 000 Euro Schaden. Protest gegen Bundeswehr-Biwak?

VON MIRJANA CVJETKOVIC

HANNOVER. Brandanschlag im Stadtpark: Die Täter haben gestern Morgen den Reetdachpavillon im Rosengarten angezündet. Die historische Anlage, die von der ersten Bundesgartenschau aus dem Jahr 1951 stammt, wurde bis auf die Grundmauer zerstört. Der Schaden beträgt 100 000 Euro.

Bereits im vergangenen Jahr hatte ein 23-Jähriger versucht, den Pavillon mit Benzin zu entzünden – das misslang ihm (NP berichtete). Er wollte damit angeblich gegen das alljährliche Sommerbiwak der Bundeswehr protestieren. Die Ermittlungen gegen den 23-Jährigen dauern laut Staatsanwaltschaft noch an.

Jetzt erneut ein Anschlag: Ein Zeuge bemerkte um 1.55 Uhr hellen Lichtschein im Stadtpark und rief die Feuerwehr. Als die Einsatzkräfte eintrafen, brannte der 110 Quadratmeter große Pavillon bereits lichterloh. Flammen und Temperatur waren so stark, dass auch angrenzende Gebäudeteile in Mitleidenschaft gezogen wurden. 28 Feuerwehrleute brachten den Brand zwar unter Kontrolle, konnten den Pavillon aber nicht retten.

„Das ist eine Schande!", schimpfte Anni Woski (81) gestern beim Spaziergang im Park. Die Attacke stehe für eine politische Gesinnung anderer, so die Frau eines ehemaligen Offiziers. Das diesjährige Biwak ist für den 7. August geplant. Die Kripo hat Ermittlungen aufgenommen. Sie fand am Brandort ein

Brandanschlag auf Rosenpavillon – Zeugenvorladungen *15. Juli 2010*

„Zahlreiche Antimilitarist_innen aus Hannover haben letzte Woche polizeiliche Zeugenvorladungen erhalten. Wir weisen diesen Kriminalisierungsversuch des Staatsschutzes entschlossen zurück. Den Vorgeladenen gemein ist die Teilnahme an antimilitaristischen Demonstrationen und Protesten der letzten Jahre. Wer sich öffentlich gegen die Bundeswehr und Krieg engagiert, wird in die Nähe von Brandanschlägen gestellt. So sollen Aktivist_innen, die an Protesten teilnehmen, eingeschüchtert werden.
Diese Taktik wird nicht aufgehen – Keiner der Vorgeladenen wird zu Vernehmungen zur „Sachbeschädigung durch Feuer" erscheinen. Darüber hinaus rufen wir weiterhin dazu auf, aktiv Widerstand zu leisten gegen Krieg, Militär und das Sommerbiwak.
Wir rufen alle, die Zeugenvorladungen bekommen haben und bisher keinen Kontakt zu uns hatten, auf sich zu melden: zeugen-rosenpavillon@web.de
Ansonsten gilt wie immer keine Spekulationen, wer wieso vorgeladen wurde oder auch nicht und wer mit dem Brand etwas zu tun haben könnte. Dies nutzt nur den Bullen.
Für die Vorgeladenen ist klar, dass Aussageverweigerung Selbstschutz und Solidarität bedeutet! Gegen Krieg und Repression – 07.08. Sommerbiwak vermiesen!
Solidaritätskreis gegen die Kriminalisierung des Biwak-Widerstands"

Gelöbnis in Bordenau abgesagt!



Wie der Leine Zeitung vom 18.08.2010 zu entnehmen ist, hat das Verteidigungministerium das für den 12. November geplante Gelöbnis in Bordenau bei Hannover abgesagt. Das Gelöbnis wäre mit 950 Rekruten und bis zu 5000 Besucher_innen eines der größten Militärspektakel der BRD geworden. Die offizielle Begründung für die Absage durch Kriegsminister Guttenberg: „Wir wollen das Gelöbnis in einem würdigen Rahmen abhalten, das geht nicht bei Enge."
Bundeswehr und Presse verschweigen dabei zwar die angemeldeten Kundgebungen, doch die Formulierungen „würdigen Rahmen" und „Enge" legen nahe, dass massive Störungen befürchtet wurden. Denn bereits 2005 war es nicht gelungen ein Gelöbnis in dem kleinen Dorf effektiv abzuschirmen. Damals hatten ca. 250 Antimilitarist_innen die Rede des Verteidigungministers mit Hilfe eines Lautsprecherwagens und Gasfanfaren übertönt. Das Bild zu diesem Artikel stammt aus der Bild von 2005.
Außerdem hatte die lokale Presse schon vor einigen Monaten berichtet, die Bundeswehr mache sich Sorgen wegen einer „angemeldeten Versammlung Linksautonomer"
Wieder einmal zeigt sich die Bundeswehr schreckt vor Protest zurück.
Auch wenn angekündigt wird nach einem Ersatzort zu suchen, ist die Absage ein deutlicher Erfolg der

antimilitaristische Bewegung in der Region Hannover. Wenn sich die Militärs und ihre Fans in abgeschirmte Kasernen verkriechen, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn ein Ausweichort bekannt ist, wird es auch dort Proteste geben. Infos gibts dann auf ***antimilitarismus.blogsport.de***
Bis dahin:
Militär aus dem öffentlichen Raum verteiben – immer und überall!
Nehmen wir ihnen das noch zu ruhige Hinterland! Bundeswehr wegtreten!

Protest gegen Bundeswehr bei Gedenken für NS-Opfer

1. September 2010

Am heutigen Antikriegstag fand in Hannover auf dem Ehrenfriedhof für im Nationalsozialismus ermordete Zwangsarbeiter – größtenteils Angehörige der Roten Armee – eine Gedenkveranstaltung statt.
Diese wird seit Jahren von der IG Metall in Zusammenarbeit mit der Stadt Hannover und dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge organisiert. Auch Soldaten und Soldatinnen der 1. Panzerdivision und der Luftwaffe waren anwesend. Gegen diesen Umstand haben wir mit einem Transparent protestiert. Nach einiger Überlegung welche Form des Protestes in Anbetracht des Anlasses angemessen ist, entschlossen wir uns dazu schweigend mit dem Transparent: „Dank der Roten Armee für die Zerschlagung des NS-Faschismus. Damals wie Heute: Tod dem deutschen Militär" neben dem Mahnmal zu stehen. Denn es war uns natürlich wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, wir wollten eine Gedenkfeier für Opfer des Faschismus stören.
Als wir nach der Hälfte des Programms die Empore betraten, klatschten einige der Zuschauer_innen – vor allem, Angehörige der russischen Delegation Volga Int., der Friedensbewegung und einige Gewerkschafter_innen. Die Bundeswehrsoldaten und Soldatinnen und der Großteil der ca. 80 Teilnehmenden regierten allerdings nicht.
Die Veranstaltung endete mit einer Kranzniederlegung, während der wir weiterhin ne ben dem Mahnmal schweigend gegen die Anwesenheit der Bundeswehr protestierten.
Eine Teilnahme an dem Gedenken für die Opfer des Faschismus und eine gleichzeitige Ächtung der Bundeswehr ist uns gelungen.
Wir müssen weiterhin Wege finden die Bundeswehr (und eigentlich auch die Kriegsbräberfürsorge) von Gewerkschaftsveranstaltungen und Gedenkfeiern für Opfer des Nationalsozialismus zu drängen. Die Gewerkschaften müssen mehr unter Druck gesetzt werden, damit sie zukünftig keine Bundeswehrangehörigen auf ihren Veranstaltungen dulden. Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg! Für antifaschistische und antimilitaristische Gewerkschaften!
Kick your local Werbeoffizier!!!



Bundeswehr sagt Adventskonzert ab

2. September 2010

Das diesjährige Adventskonzert der 1. Panzerdivision Hannover ist überraschend abgesagt worden. Dies bestätigt die 1. Panzerdivision in der gestrigen Ausgabe der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.
Das Konzert, das seit 10 Jahren in Hannoverschen Kirchen veranstaltet wurde, war in den letzten Jahren von Protesten begleitet worden. 2007 fand das Militärkonzert noch in der größten Hannoverschen Kirche, der Marktkirche statt. Dort hatten ca. 20 Antimilitarist_innen vor Beginn des Konzertes ein Transparent vor dem Altar entrollt. Nach dem die Bullen diese geräumt hatten, wurde das Konzert noch mehrfach durch Zwischenrufe und mit Trillerpfeifen gestört.
Die Polizei nahm vor der Kirche 16 Personen mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs, zum Teil brutal, fest.
Sowohl das Konzert der Bundeswehr als auch das Vorgehen von Kirchenvertreter_innen und Polizei lösten bundesweiten (auch innerkirchlichen) Protest aus.
Dadurch sah sich der Vorstand der Marktkirche zum Einlenken gezwungen. Zunächst gab es Anfang 2008 eine Podiumsdiskussion zwischen Antimilitarist_innen und Kirchenvertreter_innen, die mit 250 Zuhörer_innen sehr gut besucht war. Kurz darauf entschied sich die Marktkirche gegen weitere Militärkonzerte.
Trotzdem gab es 2008 erneut ein Adventskonzert der 1. Panzerdivision. Die wesentlich kleinere Neustädter Hof- und Stadtkirche war bereit das Militärspektakel als geschlossene Veranstaltung, unter massivem Polizeischutz durchzuführen.Vor der Kirche protestierten ca. 50 Antimilitarist_innen.
2009 entschied sich eine Gruppe schon zwei Tage vor dem Konzert aktiv zu werden und die Räumlichkeit zu besetzen.
Zum Ende eines Gottesdienstes wurde ein Transparent gezeigt und eine kurze Rede gehalten. Der Kirchenvorstand wurde aufgefordert das Konzert abzusagen und es wurde angekündigt wird

Kirche vorher nicht wieder zu verlassen. Erneut räumte die Polizei eine Kirche. Große mediale Aufmerksamkeit und innerkirchliche Proteste folgten ebenso. Am Tag des Konzertes demonstrierten 90 Menschen vor der weiträumig abgesperrten Kirche.
Die Besetzer_innen luden im Anschluss an die Proteste Militär-kritische Menschen aus Kirchengemeinden zu einem Treffen, um über ein mögliches gemeinsames Vorgehen zu beratschlagen. Das Friedensbüro und das Arbeitsfeld Friedensarbeit im Haus kirchlicher Dienste Hannover beschlossen dieses Jahr, parallel zu dem Adventskonzert der 1. Panzerdivision, vor der Neustädter Kirche ein „Friedenskonzert" mit Kirchenchören zu veranstalten.
Mit diesem Schritt war es gelungen die Auseinandersetzung von einem Protest aktiver antimilitaristischer Gruppen zu einem innerkirchlichen Konflikt auszuweiten.
Die offizielle Begründung für die nun erfolgte Absage: Die Division müsse sich auf die Aufgabe als Leitdivision in Afghanistan vorbereiten. 2011 solle es dann wieder ein Adventskonzert geben. Was 2011 ist werden wir sehen. Aber es stimmt definitiv nicht, dass das Heeresmusikkorps 1 wegen dem Afghanistaneinsatz der 1. Panzerdivision keine Konzerte mehr geben kann. Andere Auftritte wurden jedenfalls nicht abgesagt. Dass die 1. Panzerdivision behauptet, die Absage habe nichts mit dem Protesten zu tun, tut dem Erfolg der Proteste jedoch keinen Abbruch. Die Absage ist der Ausdauer der antimilitaristischen Gruppen und der Ausweitung der Proteste zu einem innerkirchlichen Konflikt zu verdanken. Dies ist unserer Meinung nach der überregional interessante Aspekt. Es ist möglich das Militär zurück zu drängen. Wir brauchen dazu aber oft einen langen Atem und müssen uns auf ein für uns fremdes Terrain wagen. Die Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen war für uns neu und zum Teil durchaus von Bedenken geprägt, schließlich ist die Kirche nicht gerade der Hort der Emanzipation. Trotzdem war es richtig zu versuchen antimilitaristische Positionen in breiteren gesellschaftlichen Bereichen zu verankern. Wenn wir die Bundeswehr aus dem öffentlichen Raum verbannen wollen, müssen wir Wege finden antimilitaristische Positionen zu verbreitern und direkt Betroffene zu Aktivität zu ermuntern. Wenn die Bundeswehr versucht in Kirchen Fuß zu fassen, ist es wesentlich wirkungsvoller wenn sich innerhalb dieser Widerspruch regt als wenn wir versuchen von außen zu intervenieren. Dies gilt genauso für ein erfolgreiches Verdrängen der Bundeswehr von Gewerkschaftsveranstaltungen oder aus Schulen.
PS: Wegen der Besetzung 2009 stehen vermutlich noch Verfahren wegen Hausfriedensbruch an.
Jedenfalls erstattete der Kirchenvorstand gegen 12 Antimilitarist_innen Anzeige. Deshalb weiterhin zu Solidaritätsspenden aufgerufen:
Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. Hannover
Kto.-Nr.: 0010808858
BLZ.: 76010085
Stichwort: Marktkirche
PPS: Das vom Friedensbüro und dem Haus kirchlicher Dienste vorbereitete Friedenskonzert soll trotz der Absage am 1. Dezember stattfinden.
Bundeswehr aus dem öffentlichen Raum vertreiben!
Nie, Nie, Nie wieder Adventskonzert!

Blutiger Empfang für Bundeswehr in Wunstorf

3. September 2010

„Wir haben gestern den Eingang des Wunstorfer Stadttheaters für 15 Minuten mit einem Die-In blockiert. Wir protestierten damit gegen die Inszenierung des Militärs als eine der Allgemeinheit zu gute kommende Institution und den Ausbau des Fliegerhorstes. Der Freundeskreis des Fliegerhorst Wunstorf veranstaltete das als Benefizkonzert ausgegebene Militär- verherrlichende Spektakel mit dem Heeresmusikkorps 1. Doch Krieg ist kein Konzert!
Die Reaktionen der Konzertbesucher und Besucherinnen waren durchgängig äußerst aggressiv. Besonderst die mitorganisierende Feuerwehr tat sich mit Aggressivität hervor. Ein Feuerwehroffizier ließ ein Spritzenwagen vorfahren und sagt zu dem anrückenden Dorfbullen: „Wir wollen das hier gleich mal mit Wasser wegspritzen. Das ganze Blut muss weg und die können wir gleich mit wegspritzen!"
Bulle: „Herbert du weißt das kann ich nicht gestatten."
Feuerwehrarsch: „Ich würde aber gerne noch Schaum zu mischen das ist noch ätzender."
Andere Gäste traten schon mal mit Ankündigung absichtlich auf und gegen die vor dem Eingang liegenden Antimilitarist_innen.
Zu überlegen ist allerdings ob eine solche Aktion, bei der man sich der Aggressivität der Militaristen und Militaristinnen relativ schutzlos ausliefert, weiterhin angebracht ist. Wir müssen überlegen ob wir nächstes mal besser eine andere Aktionsform wählen. Trotzdem zeigt die Empörung und der uns engegenschlagende Hass auch, dass wir richtig gestört und die Gäste verunsichert haben.
Dem Militär das ruhige Hinterland zu nehmen, ist so oder so richtig.
Als wir nach 15 Minuten die blutige Blockade des Stadttheaters beendeten griffen sich die Bullen einen der Antimilitaristen und konnten ihn leider festnehmen. Ihm wird nun Rädelsführer

schaft und Landfriedensbruch vorgeworfen. Was an der Aktion den Tatbestand des Landfriedensbruch erfüllen soll, bleibt wohl vorerst das Geheimnis der Polizei.
Zum Hintergrund des Ausbaus und der faschistischen Vergangenheit des Fliegerhorstes, könnt ihr im dort verteilten Flugblatt mehr erfahren:

Fliegerhorst: von Wunstorf den Tod in die Welt tragen

Der Freundeskreis des Fliegerhorst Wunstorf veranstaltet heute ein Benefizkonzert mit dem Heeresmusikkorps 1. Doch Krieg ist kein Konzert! Krieg bedeutet Tod, Verstümmelung und verkohlte Leichen. Vor ziemlich genau einem Jahr tötete die Bundeswehr bei Kunduz (Afghanistan) über 140 Menschen.
Zur Zeit werden die Start- und Landebahnen auf dem Flugplatz Wunstorf für die Stationierung des Airbus A 400 M ausgebaut. Außerdem ist ein Logistikzentrum für Privatunternehmen geplant. Mit dem neuen Großtransporter werden schnelle und umfangreiche Truppenverlegungen und der Transport von schwerem Material für die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr möglich. Der Fliegerhorst Wunstorf und die Region Hannover entwickeln sich damit erneut zur Drehscheibe internationaler Kriege.

Luftwaffe, Judenvernichtung, totaler Krieg – Guernica, Łomza, Warschau, Coventry

Doch nicht nur in den aktuellen Kriegen spielt der Fliegerhorst eine herausragende Rolle. Am 26. April 1937 bombardiert die deutsche Legion Condor die baskischen Kleinstadt Guernica. Die Legion war zum Teil auf dem Fliegerhorst Wunstorf ausgebildet worden und hielt sich illegal in Spanien auf, um den faschistischen Militärputsch Francos zu unterstützen. Durch Pablo Picasso bekanntes Gemälde „Guernica" wurde der Name der baskischen Stadt zum Symbol für faschistischen Terror und die Brutalität des Luftkrieges.
Ab dem 1. September 1939 beteiligte sich die Luftwaffe der Nazis an dem Kampfeinsatz gegen Polen. Neben militärischen Zielen wurden auch Wohnviertel angegriffen. Besonders intensiv wurden jüdische Stadtviertel bombardiert. So wurde die Kleinstadt Łomza, welche von NS-Bevölkerungswissenschaftlern zuvor als „Judenstadt" bezeichnet worden war, komplett zerstört. Ganze Straßenzüge des jüdischen Viertels in Warschau wurde mit Brandbomben in Flammen gesetzt. Anschließend wurde das gesamte Zentrum der polnischen Hauptstadt flächendeckend bombardiert.
Auch im Krieg gegen Frankreich und England wurden Wohnviertel angegriffen und zerstört. Weltweites Aufsehen erregte die Vernichtung der britischen



Stadt Coventry.
In der Geschichtsschreibung der Garnisonsstadt Wunstorf werden diese Einsätze bis heute verschwiegen. Auf dem Fliegerhorst Wunstorf pflegt man militärische Traditionen und das Andenken an den legendäre Ju 52-Bomber, der bei all diesen Angriffen zum Einsatz kam. Der Fliegerhorst Wunstorf ist also eine Drehscheibe des Todes mit langer Tradition! Seit die BRD wieder Angriffskriege wie in Afghanistan führt, trägt das deutsche Militär wieder Mord und Leid von Wunstorf in die Welt.
Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!
Bundeswehr abschaffen! Fliegerhorst dicht machen!
Gerade erst ist auch ein ausführliches Buch über die Geschichte des Fliegerhorstes im Nationalsozialismus erschienen. Dies und mehr Infos zum Fliegerhorst findet ihr hier:
www.ak-regionalgeschichte.de

Tortenwurf auf Trittin!

Am Mittwochabend, den 22.09.2010 wurde der Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin, im Zuge einer Podiumsdiskussion in Hannover Opfer einer Joghurt-Torten-Attacke. Thema der Diskussion im Rahmen der Theaterinszenierung „Freie Republik Wendland" war: „Ideale versus Realpolitik". Der_die Werfer_in konnte unerkannt entkommen. Auch wenns keine inhaltliche Begründung für Aktion gab, können wir uns genug Gründe vorstellen wieso Vertreter_innen der Grünen zur Zielscheibe werden.
Die Mitdiskutantin Hanna Poddig, die die Aktion erfreulich deutlich begrüßte, nennt zum Beispiel einen: die Inszenierung als Speerspitze der Antiatomkraftbewegung. Krieg, Abschiebungen, Hartz 4 und die vielen anderen alltäglichen Zumutungen, die die von den Grünen getragene kapitalistische Wirtschaftsweise und die parlamentarische Repräsentanz so mit sich bringen, sind ein paar weitere….

Peak Oil – Bundeswehr befürchtet den Systemzusammenbruch

Was passiert eigentlich, wenn das Öl knapp wird? Kapitalismus adé? Finden Ölkriege statt? Brechen die Energieversorgungssysteme zusammen? Wird es nur noch Barbie-Puppen aus Holz geben – mit Strohhaaren? Zukunftsphantasien einer alarmistischen Linken? Nee.
Eine neue Studie der Bundeswehr beschäftigt sich mit dem sogenannten Peak Oil (PO). Das ist der Zeitpunkt, an dem die maximal mögliche Menge an Öl gefördert wird. Das Problem daran ist, dass danach für alle Zeiten immer weniger Öl fließen wird. Das Öl wird knapper. Keine neue Erkenntnis? Alle scheinen trotzdem so weiterzumachen, wie bisher. Und das hat Folgen.
Das Zentrum für die Transformation der Bundeswehr (ZTransfBw (die BW macht tolle Abkürzungen!)) geht jedenfalls vom schlimmsten aus: dem schwerlich zu vermeidenden Systemzusammenbruch.
Das Dezernat Zukunftsanalyse des Zentrums für die Transformation der Bundeswehr veröffentlicht in einem fünfjährigen Zyklus im Wechsel je eine Studie aus der Serie *Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21.Jahrhundert (SFT 21)* und eine *MidTerm Study (MTS)*.
Studien der SFT 21-Serie beschreiben *langfristige sicherheitspolitische Herausforderungen* in einem Zeithorizont von 30 Jahren. Durch die langfristige Analyse der globalen Situation will sich die BRD Vorteile in Bezug auf ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen sichern. Zu den möglichen Bedrohungen dieser Interessen gehören auch ökologische Entwicklungen. Die SFT 21-Studie zu Peak Oil ist folgerichtig nur die erste Teilstudie der Reihe *Umweltdimensionen von Sicherheit*. Da es sich um eine Studie der Bundeswehr handelt, geht es natürlich auch und vor allem um die Bedeutung globaler Entwicklungen für das deutsche Militär; für seine strategische Ausrichtung, seine materiellen Bedürfnisse und die notwendigen politischen Zielvorgaben. Kursiv gedrucktes ist aus der Studie Zitiertes.



Piek!
Es ist umstritten, wann der PO erreicht sein wird. Auch die Bundeswehr kann nur die bestehenden Analysen auswerten. Diese kommen jedoch zu recht unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem, wer der Auftraggeber ist. Wen wundert's. Allerdings wird davon ausgegangen, dass PO bereits um das Jahr 2010 herum eintreten wird, vielleicht ein paar Jahre später. Globale *sicherheitspolitische Auswirkungen* erwartet die Studie 15 bis 30 Jahre später.
Die BW geht davon aus, dass, im Gegensatz zu bisherigen Ressourcenkonflikten, der bevorstehende ums Erdöl nicht regional begrenzt werden kann. Denn ein globaler Mangel an Erdöl führe zu einer *geopolitischen Machtverschiebung durch die geografische Konzentration der Erdöllagerstätten und der Transportinfrastruktur.*

Erdöl haben wollen
95% aller industriell gefertigten Produkte hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab. Wenn das Öl knapper wird, wird es teurer. Das wird als eigentliches Problem erkannt. Für ein Funktionieren der industriellen Ökonomie braucht es vor allem billiges (!) Öl. Denn *eine starke Verteuerung des Erdöls stellt ein systemisches Risiko dar.* Deswegen habe jeder Einzelstaat ein vitales Interesse an der Sicherung des Zugangs zu Öl.
Es reicht (aber) nicht, das Ölfeld zu beherrschen, auch der Transportweg und etwaige Umschlagplätze wie Seehäfen müssen frei zugänglich sein. Die Infrastruktur, die zur Förderung und zum Verkauf von Öl notwendig ist, setzt ein stabiles (staatliches) Umfeld voraus.
Das bedeute, dass Konflikte sich nicht mehr begrenzen lassen (Anschläge auf Pipelines in Saudi-Arabien sind auch und vor allem das Problem der Industrieländer, deren Versorgungssicherheit ja auf dem Spiel steht). Zum anderen können Konflikte nicht auf eine militärische Ebene begrenzt werden.
Es müssten angepasste Lösungen unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Mittel gesucht werden.
Vor dem Hintergrund eines heterogener werdenden Akteursfeldes (staatliche und sub-staatliche Akteure) *wird es deshalb nach einem Peak Oil auch zu mehreren Konfliktebenen kommen: Förderländer stehen Nachfragern gegenüber, marktwirtschaftliche Systeme konkurrieren wieder mit Planwirtschaften, Entwicklungsländer werden direkt abhängig von den Industrieländern und Ölkonzerne bekommen einen hohen Einfluss auf die internationale Politik.*
Über allem schwebt unheilvoll der erwartete *Angebotsschock, das heißt die Erschwernis einer verlässlichen Versorgung Deutschlands mit Erdöl durch Importe.*
Die drei größten Öllieferanten Deutschlands sind zur Zeit

Russland, Norwegen und Großbritannien. Das heißt, dass schon jetzt 60% der Ölimporte aus Ländern kommen, die ihre nationalen Peaks bereits hinter sich haben! Dafür sei die Abhängigkeit von Ländern der OPEC relativ gering. *Bislang hatte dies für Deutschland den Vorteil einer relativ sicheren Versorgung, zukünftige Lieferbeziehungen könnten allerdings risikobehafteter sein. (...) Der Anteil Russlands an den deutschen Importen würde - konstante Liefermengen vorausgesetzt - auf 40 Prozent steigen. Sinkende Importe aus Europa könnten durch Importe aus dem Nahen Osten, dem kaspischen Raum und Afrika ersetzt werden.*
Folglich bräuchte es dringend eine Diversifizierung der Herkunftsländer und eine Schwerpunktverlagerung bei den deutschen Ölimporten.

Was passiert nach dem Peak Oil?

Natürlich geht es hier um die Relevanz des PO für eine *umfassende Ölmarktstrategie*, insbesondere für *die deutsche Sicherheitspolitik* und die Neugestaltung der internationalen Beziehungen.
Hier wird Klartext geredet: *Wirtschaftskraft, militärische Stärke oder der Besitz von Nuklearwaffen werden zu einem vorrangigen Instrument der Machtprojektion und zu einem bestimmenden Faktor neuer Abhängigkeitsverhältnisse in den internationalen Beziehungen.*

Geopolitik

Die Bundeswehr geht davon aus, dass die Ölförderländer an Macht gewinnen und sich als regionale oder globale Führungsmächte etablieren werden. Das wird einhergehen mit einer Monopolisierung des Ölexportgeschäftes, von dem vor allem die großen Ölkonzerne aus Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren.
Gefürchtet werden die politischen Einflüsse auf die Profitabilität der bisherigen global player des Ölgeschäftes. Es wird nämlich davon ausgegangen, dass es ein sogenanntes Political Peaking gibt, bei dem die nationalen Interessen der Förderländer zu einer Einschränkung des auf dem Markt gehandelten Öls führen. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn Öl zur langfristigen Eigenversorgung eines Nationalstaates zurückgehalten würde. Außerdem könnten Ölförderländer mit einer politisch motivierten Verknappung des Ölexportes den Preis in die Höhe treiben und entsprechenden Reibach machen.
Perfider Weise könnten die Exporteure auch auf die Idee kommen, ihren Ressourcenreichtum zu nutzen um politische, wirtschaftliche und ideologische Ziele gegenüber den von ihnen abhängigen Importnationen durchzusetzen. Weil dafür aufgrund abnehmender Ressourcen nur ein enges Zeitfenster bestehe, könne eine Dynamisierung dieses Effektes zu einer beschleunigten Erpressbarkeit der Importeure führen und somit zu einem unerhörtem Machtzuwachs der Förderländer. So wird die Konditionierung der Lieferbeziehungen als wesentlicher Faktor der

erwarteten geopolitischen Machtverschiebungen erkannt: *Mit den zu erwartenden steigenden Ölpreisen verbessert sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis intensiver und teilweise aggressiver Energieaußenpolitik beträchtlich.* (Hier wird Chinas Politik sowohl ängstlich als auch bewundert als Beispiel genannt – man schaut etwas neidisch auf die Weitsichtigkeit der imperialistischen chinesischen Energiepolitik in Afrika)

Die SFT 21-Studie sagt eine massive Einschränkung der freien Handelbarkeit von Erdöl voraus, weil Lieferbeziehungen verstärkt von bilateralen Abkommen und privilegierten Partnerschaften bestimmt würden. Es wird zunehmend zu sogenannten Koppelgeschäften kommen, in denen Öllieferungen an politische und materielle Bedingungen (die die Förderländer stellen) geknüpft werden. Dazu gehören *Rüstungsgüter, Technologien zur Erdölförderung und zum -transport, aber auch Technologien zur alternativen Energieversorgung, Fähigkeiten zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur Exploration nicht-konventioneller Erdölquellen und zur Durchführung militärischer Operationen in extremen Klimazonen. Neben den genannten Gütern kommen aber auch der der Zugang zu anderen Ressourcen, Stützpunkt- oder Transitrechte als Gegenleistung in Frage. Von besonderem Interesse sind jene Güter, die nicht im freien internationalen Handel erwerbbar sind wie beispielsweise Nuklearmaterial.*

Da die Exporteure immer wieder neu ihre Vorteile suchen, werden die festen Bindungen der Anbieter an bestimmte Abnehmer geringer. Das erfüllt die Importnation Deutschland natürlich mit großer Sorge. Auf wen soll man sich denn da noch verlassen können, wenn es den Ölförderländern unverschämter Weise nur noch um Geld und Macht geht? Nun, *zum Schutz von Öllieferungen und bilateralen Abkommen erscheint auch eine Intensivierung der Geheimdiplomatie plausibel.* Da haben wir's.

Eine Enge Verflechtung und Schaffung einer gegenseitigen Abhängigkeit auf Unternehmensebene (z.B. Ostseepipeline) ist bereits jetzt ein wesentlicher politischer Ansatz der Öl- und Gasmarktstrategie der Bundesregierung. Diversifizierung der Bezugsländer ist der andere strategische Ansatz, durch den die Abhängigkeit der BRD von einzelnen Exportnationen vermindert werden soll. Denn wo eine *Diversifizierung nicht gelingt, kann diese Abhängigkeit zu massiven politischen Einschränkungen für Importländer führen, im schlimmsten Fall bis hin zur Erpressbarkeit.* Da jedoch Öl so ungerecht ungleichmäßig auf der Erde verteilt ist, gilt eine effektive Herkunftsdiversifizierung als ziemlich schwierig. Und das ist noch freundlich ausgedrückt. Also werden die Länder des Nahen Osten und Nordafrikas versuchen sich Vorteile aus der Situation zu verschaffen. Sie könnten Gegenleistungen für Öllieferungen einfordern. Sie könnten privilegierte Partner-

schaften mit Schwellenländern eingehen und dann haben wir das Desaster: *Auf diese Weise forcieren einige Staaten, insbesondere des Nahen Ostens und Nordafrikas, gezielt die Bildung eines politischen Gegengewichtes zu den USA, sowohl in der Region als auch im Internationalen System.*
Mit dem Abschluss neuer strategischer Bündnisse, wie beispielsweise der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit oder dem Forum Gas exportierender Länder, zeichnen sich bereits heute geopolitische Umwälzungen ab. Diese könnten angesichts einer Peak-Oil-induzierten Verschärfung der Konkurrenzsituation um Erdöl und des Aufstiegs von großen Schwellenländern massive Auswirkungen, insbesondere auf die Versorgungssicherheit von westlichen Industrieländern haben.
Weil zudem die Schwellen- und Förderländer sich gar nicht mehr an den westlichen Wertekanon halten werden, könne den *westlichen Demokratien vor diesem Hintergrund ein massiver Einflussverlust im Wettbewerb um das knappe Öl drohen.*
Das gelte auch für den Einfluss in Internationalen Organisationen. *Während Rohstoffreichtum allein heute noch keinen einflussreichen internationalen Akteur ausmacht, lässt sich vor dem Hintergrund des Peak Oil die Verfügungsgewalt über Energie zunehmend in globale Gestaltungskraft und die Mitbestimmung internationaler Regeln übersetzen.* Energie erfahre *angesichts des Peak Oil einen massiven Bedeutungsgewinn für globale Machtverschiebungen und die (Neu-)Gestaltung des internationalen Systems.*

Gibt es Alternativen zum Öl?

Naheliegend ist die Einschätzung, dass alternative Energieressourcen an Bedeutung gewinnen. Aber auch diese sind, insbesondere in sicherheitspolitischer Hinsicht, kein Allheilmittel für den ressourcenhungrigen Kapitalismus.
Die Bundeswehr geht von der verstärkten Förderung von Öl in der Arktis und in der Hochsee, von einer wachsenden Bedeutung von Erdgas, einem Ausbau der Kernenergie und einem rapide steigenden Anbau von Energierohstoffen (z.B. Raps) aus. Diese Diversifizierung der Energieträger entschärft aber nicht die bisher beschriebenen Sicherheitsrisiken, die durch Peak Oil auftreten, sondern generieren zusätzliche.
Die Förderung von Öl in der Arktis wird zwar bei zunehmender Ölknappheit rentabel, viele Vorkommen liegen aber in Regionen, deren Besitz noch umstritten ist. Daher sei mit einer Zunahme von Auseinandersetzungen um diese Gebiete zu rechnen. *Die Ökologischen Konsequenzen werden als so relevant eingeschätzt, dass sie Anlass für gesellschaftliche Spannungen und Auseinandersetzungen werden könnten.*
Die strategische Bedeutung der Ressourcensicherung durch die Erschließung umstrittener und neuer Gebiete wird zudem die Wahrscheinlichkeit einer weiteren militärischen Aufrüstung erhöhen. Bereits heute sind Bestrebungen zu erkennen, militärische Fähigkeiten für einen Schutz der eigenen Arktisansprüche auszubauen. (...)
Ob die NATO in möglichen Auseinandersetzungen um Ressourcen in der Arktis eine Rolle spielen wird, ist bisher unklar, doch gehören die Anrainerstaaten außer Russland alle dem Bündnis an. Dies würde eine Verwicklung des transatlantischen Bündnisses im Fall von territorialen Streitigkeiten von einem oder mehreren Mitgliedstaaten mit einem nicht dem Bündnis angehörenden Staat nahelegen.
Wie ein roter Faden zieht sich das Heraufbeschwören einer chinesischen Gefahr durch die Studie. Auch im vorläufig ewigen Eise lauert demnach der Asiat, weil er was vom Ölkuchen abhaben will. Dabei wohnt der doch so weit weg!
Mit der Ausbeutung der Vorkommen auf offener See würde schließlich auch die Bedeutung von hochseefähigen Marinekräften zunehmen. Das China gerade diese aufrüstet wird täglich gemeldet und bedarf also keiner besonderen Erwähnung mehr.

Was ist mit Erdgas?

Es werde zu einem der wichtigsten fossilen Energieträger, weil die Vorräte etwas länger halten, als die des Öls. Die Besonderheit beim Gas ist aber, dass es nicht einfach so verschifft werden kann wie Öl. Es braucht Pipelines oder Verflüssigungsanlagen die durch Spezialtanker an den Markt angebunden werden. Deswegen werde ein großer Teil des Gases auf regionalen Märkten gehandelt. Es gibt, so heißt es, faktisch keinen Weltmarkt für Erdgas. Das bedeute natürlich auch eine begrenzte Möglichkeit der Diversifizierung von Lieferbeziehungen. Da Gas durch aller Herren Länder transportiert werden muss, *werden die Auseinandersetzungen um Verlauf, Aufbau und Sicherheit von Pipelines tendenziell zunehmen.* Das *Dezernat Zukunftsanalyse des Zentrums für die Transformation der Bundeswehr* geht von einem massiven Ausbau der Kernenergie aus. Wie lange die Uranvorräte allerdings reichen, weiß angeblich niemand so genau – man mutmaßt, länger als die Ölreserven. Zwar gelte Kernenergie als vergleichsweise preiswert, *mehr Kernenergie würde aber zumindest die statistische Wahrscheinlichkeit von Unfällen erhöhen, die ab einer gewissen Schwelle regional dramatische und destabilisierende ökologische Folgen mit globalen Auswirkungen haben können.*
Als wesentliches sicherheitspolitisches Problem der Atomenergie wird dies aber nicht gesehen.

Das relevanteste der erwarteten Risiken des Ausbaus der Atomwirtschaft ist aber die sogenannte Proliferation, das heißt die Weiterverbreitung von Atomwaffen an Länder, die bisher keine haben.
Es würde kaum wirksame Kontrollmechanismen geben, *wenn kritische Staaten bzw. Krisenländer* den Zugang zu Atomtechnologien haben wollten. Zudem würde *der wirtschaftliche Anreiz, Kerntechnologie und/oder Nuklearmaterial zu verkaufen oder zu transferieren, nicht nur für ölexportierende Länder angesichts sinkender nationaler Ölressourcen deutlich steigen. (...) Damit werden in der Tendenz weitere Staaten zu potenziellen oder tatsächlichen Atommächten – mit allen Auswirkungen auf veränderte (über-)regionale Gleichgewichte und Bündnissysteme. (...) Dass terroristische Gruppen in den Besitz einfacher Nuklearwaffen oder auch nur größerer Mengen von Nuklearmaterial gelangen, wird damit zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenenfalls immer unausweichlicher.*
Nun blieben noch die nachwachsenden Rohstoffe als Ausweg aus dem Dilemma der ölbasierten Marktwirtschaft. Aber auch hier wird ein düsteres Bild gezeichnet. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind begrenzt, weswegen eine *Ausweitung des Anbaus nachwachsender Energierohstoffe zwangsläufig und massiv die globale Konkurrenz um landwirtschaftliche Nutzflächen und Wasser verstärkt.* Auch verteuere PO die landwirtschaftliche Produktion (Benzin für Trecker, Produktion von Dünger) und führe so zu einer Verteuerung von Nahrungsmitteln.
Unter den steigenden Nahrungsmittelpreisen leiden vor allem einkommensschwache Schichten in den Städten und die Landbevölkerung – soziale Scheren öffnen sich weiter. Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums vorwiegend in den Entwicklungsländern verschärft sich möglicherweise die Problematik einer regionalen Nahrungsmittelunterversorgung bis hin zu Hungerkrisen.



Die südlichen Länder stünden vor dem Problem, sowohl die Energiesicherheit durch Bioenergie als auch die Lebensmittelversorgung auf begrenzten Anbauflächen gewährleisten zu müssen. Dort *existiert aber meist zu wenig Infrastruktur für Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung und Transport von landwirtschaftlichen Rohstoffen. (...) Damit nimmt grundsätzlich der Druck auf bzw. der Konkurrenzkampf um die landwirtschaftlichen Flächen insbesondere in den südlichen Anbauländern überproportional zu. Unter der Bedingung, dass eine global nachhaltige Produktion von Biomasse noch nicht erreicht werden konnte, zeichnen sich verschärfte Auseinandersetzungen um die strategische Ressource Land ab . (...) Vertreibungen und bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen werden wahrscheinlicher. Die Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen wird auch durch global agierende Staaten und Unternehmen forciert, die schon heute weltweit Flächen kaufen oder pachten.* Wer ist wohl damit gemeint? Der Chinese natürlich! Insbesondere China, Südkorea, Russland und Saudi-Arabien kaufen weltweit, vor allem in Afrika, Land auf oder pachten es langfristig. Allein Südkorea hat ca. 2 Millionen Hektar in Afrika gepachtet; China 1,5 Millionen Hektar weltweit. Japan und Libyen springen auf den Zug auf. Da es entsprechend zu internationalen Konkurrenzen kommt, *könnten so in vielen Fällen Konflikte erwachsen.*
Durch die exzessive Nutzung der Landwirtschaft komme es auch zu einer Verstärkung der Folgeeffekte des Klimawandels – mit all seinen bekannten Folgen: *Wassermangel, Degradierung von Böden durch Erosion, Verdichtung, Versalzung und Verwüstung. (...) Die Gefahr der Übernutzung der biologischen Kapazität der Erde steigt. Ohne nachhaltige Lösungen verschärft die stark wachsende Produktion von nachwachsenden Energierohstoffen so in vielen Regionen der Welt soziale und ökologische Krisen.*
Vielleicht hilft die gute alte Kohle? Die Vorräte seien zwar ebenso endlich. *Kohlevorkommen sind aber weltweit gleichmäßiger verteilt.* Doch der Klimawandel macht auch hier einen Strich durch die Rechnung. Er wird beschleunigt, *mit allen, auch sicherheitspolitischen, Auswirkungen.* Das gilt auch für die Kohleverflüssigung, die besonders umweltschädlich ist. *Als „letztes Mittel" einer Versorgung von Streitkräften mit Treibstoff wäre sie jedoch noch denkbar, wie das historische Beispiel Deutschlands im 2. Weltkrieg zeigt.* Hat ja schon mal geklappt. Wir können uns also sicher sein, dass die Bundeswehr irgendwann darauf zurückgreifen wird, um einsatzfähig zu bleiben - Klimawandel hin oder her.
Energieautarkie sei das kaum zu erreichende Ziel. Denn Energieerzeugung



durch Sonne, Wasser, Wind, Geothermie und Biomasse ist an spezifische geografische Begebenheiten gebunden, würde also energietechnische Verbundsysteme erfordern. *Diese zusätzliche Infrastruktur muss jedoch nicht nur aufgebaut, sondern auch gesichert werden – sie wird zu einem kritischen Faktor.*

Staat oder privat?

Bei einer Verknappung des weltweiten Ölangebots kommt der Erschließung neuer Ölvorkommen eine besondere Bedeutung zu. Aber wer kontrolliert diese, wer sichert sie ab und wer erlangt die Lizenzen? In der Regel üben Staaten die Verfügungsgewalt über Ölquellen aus. Wenn diese dazu nicht in der Lage sind, zum Beispiel, wenn die nötigen Mittel oder das Wissen fehlen, werden Lizenzen an Unternehmen erteilt. Da die Energieversorgung aber verstärkt im nationalen Interesse liege, wird mit einem *verstärktem Rückgriff auf und Gründung neuer Staatsunternehmen* gerechnet. (...) *Die Frage der Verstaatlichung strategisch wichtiger Industrien dürfte in diesem Zusammenhang eine neue Aktualität und Brisanz erhalten, da es für viele Staaten von vitalem Interesse ist, unter den gegebenen Umständen die Kontrolle über die gerade in dieser Lage essentielle Ressource zu behalten. (...) Im Hinblick auf zentrale Erdölprodukte ist darüber hinaus eine Verstaatlichung kompletter Wertschöpfungsketten denkbar, wenn Marktmechanismen nicht mehr ausreichend gute Resultate erbringen können.*

Der Bieterwettstreit um die Lizenzen würde voraussichtlich in drastischen Preisspiralen münden. Je problematischer die Ölknappheit für einzelne Staaten ist, umso schärfer würde prinzipiell dieser Konkurrenzkampf ausfallen. Angesichts der möglichen dramatischen Auswirkungen und geringen kurzfristigen Alternativen ist von einem unbedingten Streben nach der Deckung des eigenen Ölbedarfs auszugehen, wobei das Ziel der Gewinnerwirtschaftung zweitrangig werden könnte. Je nach Art der Verbindung zwischen Importstaat und bietendem Unternehmen ist dabei auch der Einsatz staatlicher, zum Beispiel geheimdienstlicher Mittel zur Erlangung der Lizenz zu erwarten.

Auch könne im Ringen um Förderrechte die einheimische Bevölkerung eingespannt und instrumentalisiert werden. *Endpunkt einer solchen Entwicklung wäre eine Aufstandsbewegung ähnlich jener im Niger-Delta, wo indigene Gruppen seit Ende der neunziger Jahre gegen die Ölexploration vorgehen.*

Im Falle so entstehender Machtvakuen seien ausländische Unternehmen versucht, staatliche Aufgaben zu übernehmen. Eigentlich, so wird suggeriert, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig.

In Ausnahmefällen führen zivile Unternehmen bei ausreichenden Gewinnaussichten im Falle von lokaler Opposition selber Aktivitäten zur Eindämmung und Bewältigung von Aufständen durch. Dies lässt sich schlagwortartig auch als „corporate counterinsurgency" beschreiben. (...) Diese Maßnahmen können insgesamt eine große Bandbreite von Tätigkeiten umfassen und unterliegen keiner klaren und eindeutigen Kategorisierung. Das Spektrum denkbarer Aufgaben schlösse schließlich auch die Ausübung oder direkte Beauftragung und Beaufsichtigung eigentlich hoheitlicher Aufgaben staatlicher Gewaltausübung mit ein. Dies würde jedoch in eine rechtliche Grauzone führen und eine weitere Aushöhlung der staatlichen Souveränität und Institutionen bedeuten.

Private Unternehmen übernehmen solche Aufgaben, so wird festgestellt, natürlich nur, wenn dabei auch genügend Profit herausspringt. Staatliche Unternehmen dagegen könnten andere Prioritäten setzen, *wenn die Beschaffung von Erdöl als ausreichend wichtig angesehen wird und die Bedeutung nicht in monetären Gewinnen, sondern in strategischer Perspektive gemessen wird.*

SFT 21 geht davon aus, dass im Falle des Peak Oil *staatliche Strukturen in einigen Regionen vollends versagen.* So hätten Unternehmen nur die Wahl sich zurückzuziehen oder eine eigenständige Problembewältigung zu organisieren.

Wer gewährleistet die Sicherheit der Ölinfrastruktur und der globalen Transportwege? Ihre Sabotageanfälligkeit ist sehr hoch und wird durch die verstärkte Konkurrenz weiter steigen. Da sich die verbleibenden Reserven auf die sog. strategische Ellipse (Nordafrika, Russland und Naher Osten) konzentrieren,

ist dort die größte Gefährdung durch Sabotage zu erwarten.
Die Erschließung neuer und nicht-konventioneller Ölvorkommen erfordere eine Diversifizierung der Transportwege. Da es derer viele neue geben müsse, stellten sie eine sehr viel höhere Anforderung an die Sicherheit der Infrastruktur dar. Ein vollständiger Schutz gegen eine Unterbrechung der Transportwege sei aber kaum möglich. Dies gelte auch für die Infrastruktur der Gasversorgung und der Elektrizität. Es sei davon auszugehen, dass sich sowohl Staaten als auch Unternehmen verstärkt mit der Sicherung der Energieinfrastruktur auseinandersetzten. Dabei geht die Bundeswehr von einer verstärkten Einflussnahme auf die und aus der *strategischen Ellipse* aus. *Dies muss nicht zwangsläufig militärisch erfolgen, würde aber generell eine weitere Erhöhung der Zahl externer Akteure und unter bestimmten Bedingungen auch von Streitkräften Dritter bedeuten.* Es würde eine Vermischung staatlicher und privater Akteure geben, die erhöhte Anforderungen an die Sicherheitsarchitektur der Energieinfrastruktur stelle.

Die Krise

Zunächst wird davon ausgegangen, dass politisch stabile Gesellschaften, zwar große Schwierigkeiten bekommen werden, aber einen Übergang zu einer post-fossilen Ökonomie schaffen können. Brüche im System sind in diesem Szenario aber kaum vermeidbar.
Eine beschleunigte Transformation im Individualverkehr würde in allen damit zusammenhängenden Wirtschaftssektoren zu einem Abschwung führen. *Die „Mobilitätskrise" würde zu einer neuen Ausprägung der Wirtschaftskrise.*
Da eine Elektrifizierung des Güterverkehrs auf absehbare Zeit nicht möglich sei, hätte dessen eintretende Verteuerung noch *ernstere Auswirkungen*. Die fossile Mobilität bleibt im Güterverkehr eine *Grundvoraussetzung von Wirtschaftskreisläufen*. Die Auswirkungen massiv erhöhter Treibstoffpreise auf die Wirtschaft seien unmittelbar.
In Folge des PO werden Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln auftreten. Das gilt zwar jetzt schon für fast eine Milliarde Menschen - aber was schert das die Bundeswehr, solange sich daraus kein Sicherheitsrisiko für Deutschland ergibt. Nach einem PO sieht die Welt jedoch anders aus.
Die Krise beträfe alle über größere Entfernungen gehandelten Nahrungsmittel, nicht nur einzelne Regionen oder



Produkte. (...) Die Preissteigerung ist nachhaltig und nicht durch eine einmalige Missernte o.ä. hervorgerufen. Die Anreize zur Nutzung von Agrarflächen zum Anbau von Biofuel-Pflanzen nehmen zu, was zu einer Verringerung der Anbauflächen für Nahrungsmittel führt. *Ernteerträge hängen ebenfalls vom Erdöl ab. Der Verzicht auf den Einsatz von Maschinen oder ölbasierten Düngemitteln und anderen Chemikalien zur Ertragssteigerung wirkt sich somit negativ auf die Ernten aus*
Die Wahrscheinlichkeit schwerer, sicherheitspolitisch relevanter Versorgungskrisen ist dort am größten, wo bereits heute geringe Level der Nahrungsmittelsicherheit vorherrschen. Probleme der inländischen Produktion oder generell unsicherer Handelsbeziehungen würden durch Peak-induzierte Preisschwankungen noch stärker ins Gewicht fallen.
Wo in Folge von Hunger Gesellschaften instabil werden sorgt man sich natürlich um die deutsche Sicherheit. Das gilt in Hinsicht auf die Atommächte Indien und Pakistan und den Nahen und Mittleren Osten, wo gewaltsame Ausbrüche befürchtet werden.
Zum Glück sei Deutschland bei der Grundversorgung mit Nahrungsmitteln weitestgehend autark.
Doch auch hier werden grundlegende ökonomische Verschiebungen erwartet, weil *Erdöl direkt oder indirekt zur Produktion von 95% aller Industriegüter benötigt wird und eine Verteuerung des Öls damit fast alle Preisrelationen verschiebt.*
Beispielhaft wird die Autoindustrie genannt bei der eine *grundlegende Neuausrichtung* nötig würde.
Nicht nur dort, sondern insgesamt sei eine hohe *Transformationsarbeitslosigkeit* in Folge der Umbrüche sehr wahrscheinlich. Diese könne wegen ihres Umfanges und ihrer Dauer zu einem großen volkswirtschaftlichen - und natürlich sicherheitsrelevanten - Problem werden.

Davon seien alle Länder betroffen, weil es keine historischen Erfahrungen gebe, auf die zurückgegriffen werden könne. In dieser Situation drohen entweder die Linken oder - die Rechten an Einfluss zu gewinnen. So genau weiß man das nicht. Auf jeden Fall aber ist Schluss mit der Marktwirtschaft.

Als direkte Folge eines Peak Oil bleibt somit festzuhalten, dass unter den Bedingungen der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen globalen und nationalen Wirtschaftsstrukturen marktwirtschaftliche Mechanismen zu Unterversorgung und sogar zu einem Teil- oder Komplettversagen von Märkten führen können. (...)

Eine vorstellbare Alternative wäre, dass staatliche Rationierungen und die Zuteilung wichtiger Güter oder auch die Aufstellung von Produktionsplänen und andere Zwangsmaßnahmen kurzfristig marktwirtschaftliche Mechanismen in Krisenzeiten ersetzen.

Sinkender Wohlstand und steigende Arbeitslosigkeit führten zu einem Stimmenzuwachs *rechter und nationalistischer Parteien. Die möglichen Vorteile zentralistischer und autoritärer Maßnahmen, können durch Teile der Bevölkerungen durchaus als allgemeine Systemkrise begriffen werden, so dass auch hier Raum für diverse ideologische und extremistische Alternativen zu jeweils bestehenden Staatsformen entsteht. Eine Fragmentierung der betroffenen Bevölkerungen ist dann wahrscheinlich und kann im Extremfall auch zu offenen Konflikten führen.*

Als Problem wird auch der Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen erkannt: *Eine Gesellschaft ist jedoch ohne Vertrauen nicht überlebensfähig.*

(...) *Empirische Untersuchungen für Europa zeigen, dass es vor allem in Ländern mit hohen Einkommensunterschieden und einer eher im linken politischen Spektrum zu verortenden Bevölkerung am ehesten zu Vertrauensverlusten in staatliche Institutionen kommt.*

Die daraus folgende Fragmentierung der Gesellschaften könne zu einer Lähmung europäischer und supranationaler Instanzen führen. Das gelte auch für *Verteidigungsbündnisse.*

Auf jeden Fall führe die Entwicklung dazu, dass Staaten sich gezwungen sehen werden, sich auf ihre eigenen Probleme zu konzentrieren Der Fokus liege auf der unmittelbaren eigenen Problemlösung. *Die drastische Reduzierung und das Unterlassen von Hilfeleistungen jedweder Art werden im Internationalen System zum Normalfall.* Internationale Organisationen, insbesondere Hilfsorganisationen werden überfordert sein. *Bilaterale Unterstützung wird nur noch dort gewährt, wo Vorteile für die eigene Problembewältigung erwartet werden. Damit konzentriert sich das Interesse an (Entwicklungs-) Zusammenarbeit auf diejenigen Fälle, wo Entwicklungsländer mittel- und langfristig den Zugang zu wichtigen Ressourcen öffnen. (...) Es vollzöge sich also eine Fokussierung des Tätigkeitsspektrums der Organisationen bei insgesamt sinkenden Möglichkeiten.*

Tipping Point - der Punkt an dem das System chaotisch reagiert

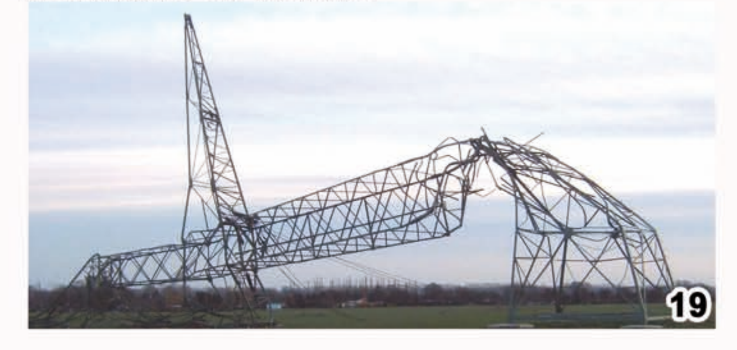
Das nun erörterte Szenario gibt es in voller Länge.

Die größte Gefahr tritt ein, wenn das Wirtschaftssystem aufgrund des Peak Oil chaotisch reagiert.

Ökonomien bewegen sich innerhalb eines engen Bandes relativer Stabilität. Innerhalb dieses Bandes sind Konjunkturschwankungen und andere Schocks möglich, die Funktionsprinzipien bleiben aber die gleichen und sorgen für neue Gleichgewichte innerhalb des Systems. Außerhalb dieses Bandes reagiert aber auch dieses System chaotisch. (...) Ein ökonomischer Tipping Point besteht dort, wo - zum Beispiel in Folge des Peaks - die Weltwirtschaft auf unbestimmbare Zeit schrumpft. In diesem Fall wäre eine Kettenreaktion die Folge, die das Wirtschaftssystem destabilisiert und damit allen weiteren sicherheitspolitischen Ableitungen den analytischen Rahmen entzieht.

Die Gesamtfördermenge von konventionellem und nicht-konventionellem Erdöl sinkt.

1.*Der Peak Oil tritt ein und der Rückgang der Fördermengen konventionellen Erdöls kann zumindest in absehbarer Zeit nicht vollständig durch nicht-konventionelles Öl aufgefangen werden. Der Ausdruck „absehbar" ist hier von besonderer Bedeutung. Er führt im Endeffekt zu einem Verlust des Vertrauens in Märkte.*



Kurzfristig reagiert die Weltwirtschaft proportional zum Rückgang des Ölangebots.

1. *Steigende Ölpreise senken den Konsum und den Output. Es kommt zu Rezessionen.*

2. *Der steigende Anteil der Transportkosten verteuert alle gehandelten Waren. Die Handelsvolumina gehen zurück. Für einige Akteure brechen lediglich Einnahmequellen weg, andere können sich lebensnotwendige Nahrungsmittel nicht mehr leisten.*

3. *Staatshaushalte geraten unter extremen Druck. Die Ausgaben für die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung (Verteuerung der Nahrungsmittelimporte) oder Sozialausgaben (steigende Arbeitslosigkeit) konkurrieren mit den notwendigen Investitionen in Erdöl-substitute und Green Tech. Die Einnahmen sind durch die Rezession und die notwendigen Steuererleichterungen dabei erheblich gemindert.*



Mittelfristig bricht das globale Wirtschaftssystem und jede marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zusammen.

1. *Die Wirtschaftssubjekte realisieren die dauerhafte Kontraktion und müssen von einer nachhaltig schrumpfenden Weltwirtschaft ausgehen.*

2. Tipping Point: *In einer auf unbestimmte Zeit schrumpfenden Volkswirtschaft werden Ersparnisse nicht investiert, weil Unternehmen keine Gewinne machen. Unternehmen sind auf unbestimmte Zeit nicht mehr in der Lage, Fremdkapitalkosten zu zahlen oder Gewinne an Eigenkapitalgeber auszuschütten. Das Bankensystem, die Börsen und die Finanzmärkte insgesamt brechen zusammen.*

3. *Die Finanzmärkte sind das Rückgrat der Weltwirtschaft und ein integraler Bestandteil moderner Gesellschaften. Alle anderen Subsysteme haben sich ko-evolutionär mit dem Wirtschaftssystem entwickelt. Eine Desintegration kann deshalb nicht im Rahmen des heutigen Systems analysiert werden. Es würde sich ein völlig neuer Systemzustand einstellen.*

Zur Verdeutlichung sollen trotzdem einige theoretisch plausible Konsequenzen skizziert werden:

- **Banken verlieren ihre Geschäftsgrundlage.** *Sie können Einlagen nicht verzinsen, weil sie keine kreditwürdigen Unternehmen finden.*
- **Vertrauensverlust in Währungen.** *Der Glaube an die Wert erhaltende Funktion des Geldes geht verloren. Es kommt erst zu Hyperinflation und Schwarzmärkten, dann zu einer tauschwirtschaftlichen Organisation auf lokalem Level.*
- **Kollaps von Wertschöpfungsketten.** *Arbeitsteilige Prozesse basieren auf der Möglichkeit des Handels mit Vorprodukten. Die Abwicklung der dazu notwendigen Geschäfte ohne Geld ist extrem schwierig.*
- **Kollaps ungebundener Währungssysteme.** *Wenn Währungen ihren Wert in ihrem Ursprungsland verlieren, sind sie auch nicht mehr gegen Devisen eintauschbar. Internationale Wertschöpfungsketten kollabieren ebenfalls.*
- **Massenarbeitslosigkeit.** *Moderne Gesellschaften sind arbeitsteilig organisiert und haben sich im Verlauf ihrer Geschichte immer weiter ausdifferenziert. Viele Berufe haben nur noch mit der Verwaltung dieses hohen Komplexitätsgrades zu tun und nichts mehr mit der direkten Produktion von Konsumgütern. Die hier angedeutete Komplexitätsreduktion von Volkswirtschaften hätte in allen modernen Gesellschaften einen extremen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge.*
- **Staatsbankrotte.** *In der beschriebenen Situation brechen Staatseinnahmen weg. Die Möglichkeiten der Verschuldung sind stark begrenzt.*
- **Zusammenbruch kritischer Infrastrukturen.** *Weder die materiellen noch die finanziellen Ressourcen sind für die Aufrechterhaltung der Infrastrukturen ausreichend. Erschwerend kommen die Interdependenzen von Infrastrukturen untereinander und mit verschiedenen Subsystemen hinzu.*
- **Hungersnöte.** *In letzter Konsequenz wird es eine Herausforderung darstellen, Nahrungsmittel in ausreichender Menge zu produzieren und zu verteilen.*

Die dargestellten Abläufe machen deutlich, dass die Energieversorgung des Wirtschaftskreislaufs gesichert werden muss. Die Energieversorgung muss ausreichen, um ein positives Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Eine

auf unbestimmte Zeit schrumpfende Wirtschaftsleistung stellt einen höchst instabilen Zustand dar, der unumgänglich in einem Systemkollaps endet. Die Sicherheitsrisiken einer solchen Entwicklung sind nicht abzuschätzen. Eine Umstellung der Ölversorgung wird bis zum Eintritt des Peak Oil nicht in allen Weltregionen gleichermaßen möglich sein. Es ist wahrscheinlich, dass eine hohe Anzahl von Staaten nicht in der Lage ist, die notwendigen Investitionen rechtzeitig und in ausreichender Höhe zu leisten. ***Ein hohes systemisches Risiko ist in Anbetracht des Globalisierungsgrades Deutschlands also auf jeden Fall und unabhängig von der eigenen Energiepolitik gegeben.*** (Hervorhebungen im Original)

Berlin direkt

Deutschland hat natürlich aufgrund seiner wirtschaftlichen und also politischen Macht Möglichkeiten mit dem befürchteten Zusammenbruch umzugehen, bzw. ihn vor allem hinauszuzögern. Zeit zu gewinnen, erscheint als das wesentliche Moment der strategischen Optimierung deutscher Energie- und Sicherheitspolitik.

Dafür gelte es, die Diversifizierung der Erdölherkunftsländer zu forcieren. Zwar gelten Großbritannien und Norwegen als zuverlässig, aber ihr Lieferniveau lässt sich höchstens 20 Jahre aufrechterhalten. Russland hat zwar genügend Reserven, man möchte sich aber lieber nicht allzu abhängig machen. Insbesondere, da Russland auch größter Lieferant für das immer wichtiger werdende Erdgas werden wird. Eine privilegierte deutsch-russische Sonderbeziehung, in Konkurrenz zu den anderen EU-Staaten, wird trotzdem in Betracht gezogen: *Moskau sollte die Möglichkeit einer differenzierenden Energieaußenpolitik auch gegenüber den Staaten der EU eingeräumt werden, wenn als Alternative für Deutschland eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu befürchten wäre.* Eine engere *Anbindung Russlands an Deutschland und Europa* stelle *eine zentrale Aufgabe deutscher und europäischer Politik* dar.

Als mögliche Lieferländer mit wachsender Bedeutung werden Tunesien, die Republik Kongo, Äquatorialguinea. Turkmenistan, Usbekistan und Sudan genannt.

Für Erdgas rücken die Staaten des Nahen Ostens in den Fokus deutschen Energiehungers.

Allerdings wird eine *(sicherheits-) politische Instrumentalisierung der Machtposition* dieser Ölförderstaaten befürchtet. Auch sorgt man sich vor der *entsprechenden Formierung von Allianzen entlang weltanschaulicher Konfliktlinien* und der offensiveren Durchsetzung ihrer Interessen.

Eine zunehmende Verschärfung weltanschaulicher Konfliktlinien wäre darüber hinaus aufgrund der demographischen Verflechtung Deutschlands und Europas mit islamisch geprägten Ländern auch im Hinblick auf innergesellschaftliches Konfliktpotenzial von Bedeutung und verstärkt die Notwendigkeit des Dialoges und Aufbaus einer belastbaren Partnerschaft.

In Deutschland sei man aufgrund der *jüngeren deutschen Geschichte* noch nicht in der Lage alle notwendigen Aspekte der Versorgungssicherheit offen Diskutieren zu können. Insbesondere die Zusammenarbeit mit autoritären Regimes im Nahen und Mittleren Osten würde davon beeinträchtigt. Dennoch könnte die Unsicherheit der Versorgungslage zur *Unterstützung autoritärer Regime führen. Eine grundlegende sicherheitspolitische Interessendefinition ist darüber hinaus unabhängig von weiterbestehenden Werten schon aufgrund begrenzter Handlungskapazitäten notwendig, die sich vor dem Hintergrund des Peak Oil weiter reduzieren dürften. (...) Eine Herangehensweise, in der die zu erreichenden Ziele mit den entsprechenden Kapazitäten im Einklang stehen, ist bei der Planung zukünftiger Einsätze von Streitkräften daher oberstes Gebot. Dies gilt für die nationale ebenso wie für die europäische Ebene. Die Begrenztheit ihrer militärischen Kapazitäten, die Ungewissheit zukünftiger Verteidigungsausgaben sowie die unzureichende Definition wirklich gemeinsamer Interessen ihrer Mitgliedstaaten machen eine ehrliche Debatte über die Art der Einsätze, welche die EU leisten kann und will überfällig und schwierig zugleich.*

In Deutschland muss eine solche Interessen-Diskussion aufgrund nationaler Sensibilitäten mit internationalen Implikationen langfristig angelegt sein, sowie unter Beteiligung aller politischen und gesellschaftlichen Akteure ergebnisoffen und transparent geführt werden und darf nicht in kurzlebigen, anlassbezogenen Debatten verebben, wie dies bisher der Fall war. Nur wenn Deutschland seine Interessen kennt und klar definiert, kann es versuchen, diese in Einklang mit seinen Werten zu bringen. (...)

Eine klare Festlegung nationaler Interessen und eine Ausbalancierung werteorientierter und pragmatischer Politik wird bei Eintreten des Peak Oil von entscheidender Bedeutung für eine kohärente und zielorientierte Außenpolitik sein.
Deutschland und die EU werden trotz aller Bemühungen einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. *Die Position westlicher Industrienationen in den internationalen Beziehungen wird unter den Vorzeichen des Peak Oil weiter geschwächt.* So würde eine *Neuausrichtung der verschiedenen Dimensionen der Außenpolitiken notwendig.*
Dazu gehöre auch, sich an der politischen Stabilisierung fragiler Förderländer offensiv zu beteiligen. Militärische Eingriffe sind Teil der Interventionsoptionen. Da diese aber unter Berücksichtigung des PO außerordentlich kostenintensiv seien, wird die Ausbildung von Sicherheitskräften in den betroffenen Ländern bevorzugt empfohlen. *Dies könnte als „Stabilisierung light" die Zahl der einzusetzenden Streitkräfte möglicherweise insgesamt erheblich verringern.*
Das ist offensichtlich kein gangbarer Weg für die Interessenskonflikte in der Arktis. Da Deutschland als Teil der NATO hier aber Position beziehen müsse, scheine eine Untersuchung der kniffligen Arktisfrage empfehlenswert. Das ist sehr freundlich ausgedrückt, kaschiert aber nur mühsam die Ratlosigkeit der Verfasser_innen.
Der Ausbau der Kernenergie wird zu einer *Verschärfung der radiologischen Sicherheitslage beitragen*. Aber dazu fällt den Strateg_innen kein schlauer Vorschlag ein, außer das besser auf Nuklearanlagen aufgepasst werden und die Handlungsfähigkeit des Staates im Krisenfall gewährleistet bleiben müsse. Deswegen dürfe der Zivilschutz nicht weiter beschränkt und abgebaut werden. Das gerade im Zivilschutz die Bundeswehr im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ) eine wesentliche Rolle übernimmt, wird hier überraschender Weise nicht explizit berücksichtigt.
Bei der Beschreibung der Risiken für die sogenannte Kritische Infrastruktur (KRITIS) finden sich aber Fragmente der ZMZ. Insbesondere, wenn es um die notwendige Steigerung der Investition in die Sicherheit von KRITIS geht. Grundlage dieses Sicherheitskonzeptes ist die 2009 verabschiedete „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie)". Die wird in der Studie nicht explizit erläutert. Im Wesentlichen geht es um die enge Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Staat beim Schutz relevanter Infrastrukturen im Katastrophenfall und in der Prävention. [Dazu wird es einen separaten (kürzeren!) Artikel in der nächsten Ausgabe geben.] In Bezug auf die Energiestrukturen müsse das Augenmerk vor allem auf den Schutz von Seewegen, Häfen, Pipelines, Verflüssigungsterminals (für Gas), und die Elektrische Energieinfrastruktur samt Schutz des nationalen Leitungsnetzwerkes gelenkt werden.
Da wenig Geld vorhanden ist, sei es denkbar, *dass ein Teil dieser Investitionen aus den Mitteln für die generelle staatliche Sicherheitsvorsorge kommen müsste und damit bspw. zu Lasten von Investitionen oder Betrieb der Bundeswehr ginge.* Das müsse aber in Kauf genommen werden, da die Sicherung kritischer Energieinfrastrukturen *zur Vermeidung weiterer, möglicherweise systemkritischer Erschütterungen eine zentrale Stellung in der Peak Oil-Lage* einnehme. *Hochseefähige Marinekräfte für Geleit- und Schutzaufgaben erscheinen als Notfallvorsorge zur Offenhaltung internationaler Seewege von erheblicher Bedeutung. (...) Die Errichtung störungsresistenter Netze für elektrische Energie spielt hierbei eine besondere Rolle und bedarf gerade bei den verzweigten europäischen Verbünden einer engen multilateralen Kooperation.*
Deutschland soll in diesem Sinne *weiträumige Energieregionen* auf- und ausbauen. Das passiert bereits in Nordafrika, z.B. im DESERTEC-Projekt, bei dem in der Wüste erzeugter Strom nach Europa transportiert werden soll. Diese Ausdehnung der Energie-Infrastruktur bedeutet auch die Ausdehnung einer beanspruchten Sicherheitszone. Denn es werden Neider befürchtet, die *aufgrund mangelnder Gegebenheiten nicht an Energieverbünden teilnehmen können* und die *im Extremfall zu konfliktiven Maßnahmen neigen.* Also müsse mit dem Ländern Nordafrikas, Osteuropas und des Nahen und Mittleren Ostens (die berühmte strategische Ellipse) insbesondere in sicherheitspolitischer Hinsicht gut zusammengearbeitet werden.
Auch Verbündete außerhalb Europas suchen nach autarken Energiebündnissen Zum Beispiel die USA, die Bestrebungen erkennen lasse, ein solches unter Einbeziehung Süd- und Mittelamerikas zu

entwickeln. *Damit könnte sich die Rolle der NATO verändern, die der EU bzw. GSVP aber weiter verstärken und räumlich ausweiten. Ähnliche Überlegungen ließen sich für den asiatischen Raum anstellen. Neue Bündnisse könnten geschichtlichen Konstellationen verblüffend ähneln und ähnliche Probleme mit sich bringen, aber auch neue Perspektiven eröffnen.*
Nochmal: *Neue Bündnisse könnten geschichtlichen Konstellationen verblüffend ähneln und ähnliche Probleme mit sich bringen, aber auch neue Perspektiven eröffnen.* Häh? Mit wem soll Deutschland die nächsten Kriege führen???
Und wie soll das ohne Treibstoff gehen? Auf jeden Fall stellen die post-fossilen Notwendigkeiten die Bundeswehr vor große Herausforderungen. Denn eine Umstellung der Streitkräfte auf Solarenergie ist nicht so einfach zu bewerkstelligen. Für Basen im In- und Ausland werden Solar- und Windenergie als Möglichkeit der Energieversorgung gesehen. Ansonsten, heißt es, hätte PO erhebliche Auswirkungen auf die Interventionsfähigkeit von Streitkräften. Das ist auch deshalb ein Problem, weil das potentielle Interventionsgebiet aufgrund prekärer werdender Energieversorgungsstrukturen größer wird - mit wenig Benzin, kann man aber nicht mehr so weit fahren und fliegen. Es würde zu einer *deutlichen Reduktion der Mobilität der deutschen Streitkräfte* kommen.
Alternative Antriebs- und Energiesysteme stehen aber kurz bis mittelfristig nicht zur Verfügung, Einsparpotentiale seien lediglich durch Teilelektrifizierung von Antrieben für Gefechts- und Transportfahrzeugen möglich. In Fragen der taktischen Mobilität und bei der sog. „letzten Meile" im Einsatz würde nicht auf ölbasierte Treibstoffe verzichtet werden können. Die Mobilität werde auf *absehbare Zeit noch von flüssigen Treibstoffen abhängen.*
Allerdings könnten im Einsatzgebiet Treibstoffe gewonnen oder genommen werden. Entweder indem dieser vor Ort angeeignet wird oder indem er z.B. aus Algen gewonnen wird (*lokale Bedarfsdeckung*). Biotreibstoffe scheinen den Krieger_innen am ehesten in der Lage, die entstehenden Defizite auszugleichen. Es wird ein großer Forschungsbedarf in dieser Richtung gesehen.
Für die Bundeswehr und die deutsche und europäische Rüstungsindustrie kommt es darauf an, die postfossilen zivilen Technologien schnell zu adaptieren und wichtige Entwicklungen, die so nur in militärischen Kontexten auftreten (etwa bei Schiffen, U-Booten und Flugzeugen) sowohl eigenständig als auch in internationalen Kooperationen voranzutreiben. (...) Langfristiges Ziel sollte die vollständige Umstellung der Streitkräfte auf erneuerbare Energien mit geringstem CO2-Ausstoss bis zum Jahr 2100 sein.
Also ca. 75 Jahre nach dem globale *Auswirkungen* in Folge des Peak Oil erwartet werden.

Das systemische Risiko...

Aufgrund des hohen Globalisierungsgrades der BRD und der dadurch bedingten Verzahnungen in allen ökonomischen Bereichen, sieht die SFT 21-Studie eine hohe potentielle „Ansteckungsgefahr" *zwischen verschiedenen Subsystemen, die die gleichen Infrastrukturen nutzen. Die Ausbreitung einer Rezession von einem Land auf ein anderes ist dafür ein Beispiel.*

Die Komplexität des Systems könne im Notfall zu seinem Zusammenbruch führen, weil eine an den eigentlichen Problemen orientierte Proportionalität von Veränderungen in komplexen Systemen nicht mehr funktioniere, wenn der eintretende Störfall entweder zu elementar ist oder eine entscheidende Stelle in der Vernetzung der Strukturen sabotiert. *Diese unabwendbare strukturelle Ungewissheit stellt hohe Anforderungen an sicherheitspolitisches Handeln im Sinne einer Vorbereitung auf heute noch nicht identifizierbare Herausforderungen.*
Die Dimension des systemischen Risikos scheint als so groß eingeschätzt zu werden, dass kaum präventive Lösungsstrategien entwickelt werden können. Es müsse dringend die Situation analysiert werden, besonders wichtige Subsysteme müssten stabilisiert werden, um Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die Dezentralisierung (auch von Energieversorgungsstrukturen) reduziere die Anfälligkeit des Systems und sei deshalb ein probates Mittel, Gefahren zu minimieren. *Auf gesellschaftlicher Ebene ist deshalb auch eine Stärkung von Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Selbstorganisation von Bürgern auf lokalem Level denkbar, vergleichbar dem Prinzip der Freiwilligen Feuerwehren.*

Der Vorschlag der Selbstorganisation findet nicht im luftleeren Raum statt. Er wird zudem von der Bundeswehr gemacht. Was sich hier so harmlos anhört, meint die Organisierung der Bürger_innen durch das Militär oder zumindest in Zusammenarbeit mit ihm.

Paramilitärische Bürgerwehren (*vergleichbar dem Prinzip der Freiwilligen Feuerwehren*(!)) zur Aufrechterhaltung der Ordnung werden hier angedacht!

Das Fazit

Das Fazit der Studie fällt dürftig aus – die Gefahren sind enorm und vielseitig, man müsse umdenken. Es gehe um *„Grundtugenden" wie Unabhängigkeit, Flexibilität und Redundanz.* Ansonsten sei es schwer, die Folgen des Peak Oil so zu erfassen, dass konkrete Handlungsanweisungen erfolgen können: *Anschaulich ist, an was man sich gewöhnt hat. Das Durchdenken der Konsequenzen des Peak Oil wird nicht von den alltäglichen Erfahrungen und nur partiell von historischen Parallelen geleitet. Entsprechend schwierig ist es sich vorzustellen, welche Bedeutung ein sukzessiver Entzug einer der wichtigsten Energiequellen unserer Zivilisation haben kann. Psychologische Barrieren sorgen für das Ausblenden an sich unbestreitbarer Fakten und führen zu fast instinktiver Ablehnung einer eingehenden Auseinandersetzung mit dieser schwierigen Thematik. (...) Der Eintritt des Peak Oil ist jedoch unvermeidlich.*

Unter klarer Definition deutscher Interessen müsse auf die Aufwertung der Länder der strategischen Ellipse reagiert werden. Deren Machtzuwachs aufgrund ihres Rohstoffvorkommens sei die wichtigste sicherheitspolitische Veränderung. China und Russland müssten bei dem anstehenden Dialog einbezogen werden, um die Konkurrenzverhältnisse kontrollierbar zu halten. Im Notfall müsse Deutschland auch ein Sonderverhältnis zu Russland auf Kosten anderer Länder der EU entwickeln. Deutsche Interessen stehen im Vordergrund.

Es gelte, die Wertschöpfungskette nicht nur effizienter, sondern vor allem robuster zu machen.

Der Peak Oil birgt auch für einsatzwichtige Fähigkeiten von Streitkräften erhebliche Gefahren. Dabei müssen die Gewährleistung einer strategischen Verlegefähigkeit und taktischen Mobilität sowie die Vermeidung einer Funktionseinschränkung als Ganzes auf Grund systemischer Abhängigkeiten im Zentrum des Interesses stehen. Für einen Erhalt ihrer möglichst umfassenden Einsatzfähigkeit reicht es daher nicht, die bestehenden Versorgungsketten und Verfahren von Streitkräften zu optimieren und weiterzuentwickeln, um eine verringerte Abhängigkeit der Mobilität von Öl zu erreichen. ***Vielmehr müssen zukünftige Veränderungen darauf ausgerichtet sein, systemische Abhängigkeiten zu verringern und in neuen Strukturen möglichst gänzlich zu vermeiden. Deren Aufdeckung erfordert grundlegend neue Methoden und bedarf unbedingt der weiteren vertieften Analyse.***

Da spricht eine gewisse Ratlosigkeit aus den Worten der Militärs. Trotzdem gibt es noch zwei kluge Ratschläge zum Schluss. Der anstehende politische Paradigmenwechsel widerspreche ökonomischer Logik und könne deswegen nur in begrenztem Umfang Marktkräften überlassen werden. Außerdem müssten *die*



Gefahren einer erodierenden Ressourcenbasis im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden. Nur so kann das notwendige Problembewusstsein für anstehende Weichenstellungen entstehen.

Im Klartext: Ein autoritärer Staat muss sich dringend gegen die Interessen des Marktes durchsetzen und die Bevölkerung muss propagandistisch auf Kurs gebracht werden, damit sie die Notwendigkeit des staatlichen Handelns auch begreift – und sich still verhält.

Was heißt das für eine radikale Linke?

Schon jetzt ist klar, dass diese Einschätzungen konkrete Folgen für die deutsche, die europäische und die transatlantische Militärpolitik haben. Der Bundeswehr wurde die Sicherung der Ressourcen in die Auftragsbücher geschrieben und der brandneue Entwurf des NATO-Strategiepapiers sieht explizit die Sicherung von Energieressourcen und deren Transportwege vor. Was das angesichts der zu erwartenden Situation bedeutet, ist klar: Kriege werden gegen diejenigen Förderländer und ihre Regierungen geführt, die nicht gewillt sind, den NATO-Ländern billiges Öl oder Gas zu liefern. Außerdem geraten alle

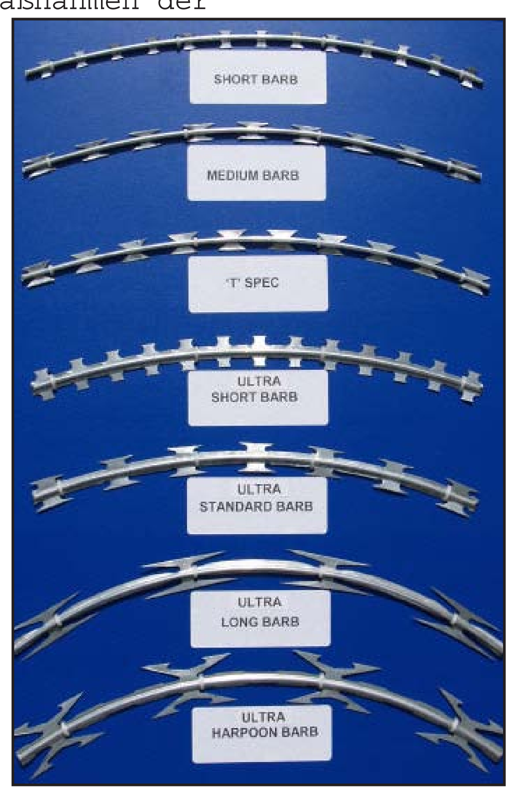
ins Visier, die nicht wie selbstverständlich hinnehmen, dass Transportwege in die westlichen Metropolen auch unter deren Verfügungsgewalt zu stehen haben.
Das Szenario der Militärstrateg_innen wirft nicht nur für die Regierungen und die herrschende Klasse eine Menge Fragen auf. Die Herausforderungen betreffen alle Gesellschaften, weltweit - und sie konfrontieren alle emanzipatorischen Bewegungen und Strömungen mit starken ökonomischen und sozialen Brüchen. Krieg und Repression, Hunger und Barbarei sind ohnehin für viele Millionen Menschen bereits Alltag.
Für uns gibt es mehr Fragen als Antworten, mehr Appelle als Einschätzungen. Doch zunächst gilt für uns das Gleiche, wie für die Strategen der Bundesregierung. Wir müssen die mit dem PO einhergehende Entwicklung analysieren. Zuvor müsste aber erstmal begriffen werden, welch gravierende Veränderungen bevorstehen. Bisher wird man eher für ein Weltuntergangs-Spinner gehalten, wenn man das Thema auf die Tagesordnung setzt.
Aber es wäre wichtig zu begreifen, welche Gefahren für emanzipatorische Prozesse in der beschriebenen Entwicklung liegen - und welche Chancen. Was bedeutet eine Systemkrise für revolutionäre Optionen? Welche strategischen Weg müssen wir einschlagen, damit wir mit der sicherlich rücksichtslosen Repression des Staates umgehen können, wenn es hart auf hart kommt?
Eines kann man sicher aus der SFT 21-Studie lesen: Es wird der Regierung von den Autor_innen bewusst ein breit gefächertes Horrorszenario geliefert, das Legitimationen für alle denkbaren Ausprägungen eines autoritären Staates bietet.
Ein möglicher Systemzusammenbruch wird sicher reaktionär gewendet werden, wenn es nicht gelingt ,eine möglichst breite gesellschaftliche Basis für emanzipatorische, linke Politik aufzubauen. Eine radikale Linke muss also den Spagat schaffen, einerseits eine solche breite politischer Bewegung herzustellen und ein Faktor in ihr zu bleiben. Auf der anderen Seite gilt es, sich auf den worst case vorzubereiten. Wie können wir handlungsfähig bleiben, wenn sich die Auswirkungen des PO bemerkbar machen (und das machen sie eigentlich schon jetzt, da die Regierung Schlüsse aus der Studie zieht)? Wie muss sich radikaler Widerstand entwickeln, welche Rolle spielen Unversöhnlichkeit



mit dem System und Militanz in den strategischen Optionen? Wie kommen wir angesichts großer gesellschaftlicher Spannungen in eine politische Offensive? Kann ein radikaler Antikapitalismus die Chose wenden? Wie können wir solidarisch überleben; als Individuen und als politische Akteur_innen? Wie können wir autark von den existierenden Versorgungssystemen werden, ohne uns auf Bauernhöfe zurückziehen zu müssen? Wie müssen wir uns organisieren und welche internationale Vernetzung brauchen wir, um nicht im Mülleimer der Geschichte zu landen?
Welche energiepolitischen Forderungen sind aktuell wichtig und wie sind sie durchsetzbar? Welche Rolle kann die aktuelle Anti-Atom-Bewegung darin spielen? Wie kann eine antimilitaristische Bewegung gestärkt und weiterentwickelt werden, da die bevorstehenden Kriege offenherzig angekündigt werden?
Eines ist klar. Angesichts der desaströsen ökologischen und ökonomischen Entwicklungen kann nicht Däumchen drehend so weiter machen wie bisher, wer nicht in der Barbarei aufwachen will.
Wenn die radikale Linke in ihren Diskussionen und in ihrer täglichen Praxis keinen realen Begriff von den anstehenden Veränderungen entwickelt, wird sie marginalisiert bleiben, weil sie keinen zu beschreitenden Weg aufzeigen können wird. Wer von alledem nichts wissen will, steht bald auf der anderen Seite der Barrikade, weil er/sie keine andere Hoffnung haben kann, als den mörderischen Status quo zu bewahren. Dagegen müssen die Hoffnung auf ein emanzipatorisches Projekt und eine revolutionäre Perspektive permanent erkämpft und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen ohne Scheu geführt werden.
Auf eine spannende Debatte und noch eine spannendere Praxis - legal, illegal, scheißegal. ***Soligruppe***

LKA-Studie in Hannover-Linden
Stadtteilentwicklung und Kontrolle

Im Frühjahr 2010 wurde unter nicht unerheblichem Medienrummel ein Untersuchungsprojekt vorgestellt, das unter Federführung des Landeskriminalamts (LKA) Niedersachsens das Sicherheitsgefühl der Lindner Bevölkerung abchecken soll. „Wie sicher fühlen Sie sich im Stadtteil?" ist die erkenntnisleitende Fragestellung der Studie Die Menschen in Linden sollen sich äußern, wie sehr sie sich eine sog. Kriminalitätsprävention in ihrem engsten Lebens- und Wohnumfeld wünschen, ja geradezu fordern als ein sogenanntes „Menschenrecht". Die Ideologen der Innenminnisterien haben schon länger dieses sog. „Grundrecht auf Sicherheit" in die Palette der rechtsstaatlichen Erfordernisse aufgenommen und rüsten dementsprechend konsequent auf.. Die innerstaatliche Feinderklärung gegen alle, die die wie auch immer interpretierte „Sicherheit" stören, erfordert über die Maßnahmen der Verpolizeilichung (und Militarisierung) des öffentlichen Raums hinaus auch die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger, deren Eigeninitiative eingefordert wird. Dass sich dahinter eine systematische Kontrolle und Überwachung des Gemeinwesens durch verschiedene staatliche und private Institutionen verbirgt, die alle Poren der Lebensgestaltung der BewohnerInnen durchdringen sollen, ist unübersehbar. Auch die Stadtentwicklung soll unter der Regie polizeistaatlicher Kontrollinstanzen realisiert werden. Imgrunde steht dahinter das Konzept einer umfassenden Strategie der Aufstandsbekämpfung. In einem Flugi, das den an 1000 BürgerInnen verschickten Fragebogen beigelegt wurde, wird dies dezent kaschiert: „Es geht darum, das Wohnumfeld sicherer zu gestalten und ihr Sicherheitsgefühl zu verbessern." (Begleitplatz zur Fragebogenerhebung des LKA vom 1. März 2010).



Das Projekt tarnt sich mit dem griffigen Kürzel „PLuS - Planing Urbain Security", was übersetzt „Planen urbaner Sicherheit" meint und ist eingebunden in ein von der EU gesponsertes europaweites Unterfangen. „Geforscht" wird in Hannover Linden, genauer im Bereich Linden Mitte um das Gilde-Carreee herum unter dem bedrohlichen Wolkenkratzer des Ihme-Zenums, wo`s ja sehr unsicher sein soll. Aber auch in England (Manchester), Polen (Stettin) und im österreichschen Wien werden vergleichbare Studien durchgeführt.

Die Projektleiterin, eine Architektin, vor 30 Jahren gehörte sie noch zur linken Szene (noch so eine konvertierte 68igerin,wa?), lässt sich in der HAZ (v. 11.02.2010) zitieren: „Zwischen der baulichen Beschaffenheit einer Umgebung und der Art und Weise, wie Straftäter sich dort verhalten und wie sicher sich dort Menschen fühlen, gibt es einen Zusammenhang…Es geht darum, Anonymität zu vermeiden. Bei der Planung von Gebäuden muss gewährleistet sein, dass Menschen überhaupt mitbekommen können, was in der Nachbarschaft passiert."

Gemeint sind mit „Straftätern" insbesondere Leute, die sich regelmäßig treffen wollen, um abzuhängen, Bier zu trinken und zusammen zu sein, Sprayer, die ihre Vorstellungen kultureller Gestaltung des öffentlichen Raums anders verstehen, als die Fassadenpolitiker der Bauordnungsämter, Cliquen von Jugendlichen, die Spass haben wollen. Es wird die Projektion beschworen, dass überall in finsteren Ecken der Räuber lauert, der alten Mütterchen die Handtasche klauen und den wohlanständigen Bürgern Gewalt antun möchte. Gemeint sind jene Unholde, die Fensterscheiben einschmeißen, weil, so die Kriminalitätstheorie, „broken windows", den Effekt hätten, Initialzündung für die Ausübung schwerster Straftaten und Verbrechen zu sein. Um solches zu vermeiden, soll der öffentliche Raum so gestaltet werden, dass „Trinker" keine Möglichkeiten haben, sich zu treffen, Sitzecken und Nischen als Treffpunkte wegsaniert werden, müssen alles überwachende Videoinstellationen her, die möglichst „intelligent" funktionieren, was heißt: sie sind so programmiert, dass sie automatisch „soziale Auffälligkeiten" festhalten und die Dateien damit speisen, dass der öffentliche Raum durch Elektrifizierung und Rückschnitt des Gebüschs so durchleuchtet wird, dass kein Hund sich mehr getraut, auf die Straße zu scheißen.

Es mag verwundern, dass die Staatsschützer vom LKA den, strafrechtlich gesehen, Bagatelldelikten wie Ruhestörung, Sachbeschädigung durch

Schmierereien, Verunreinigungen durch Hundekot und weggeschmissenen Kippen etc., eigentlich lediglich „Ordnungswidrigkeiten", die allenfalls einen Bußgeldbescheid wert sind, strafrechtlich gesehen allenfalls Peanuts, solch eine Aufmerksamkeit schenken. Doch dahinter steckt System.
Bereits in den 70iger Jahren hatte das Bundeskriminalamt erkannt, dass die neuen aufgezwungenen Wohnformen in den Trabantenstädten sozialen Sprengstoff produzieren.
Nicht die Sorge um das soziale Elend der GhettobewohnerInnen trieb damals das BKA um, sondern die Einsicht, dass Aufstandsbewegungen dieser Bewohner, die ganz massiv in England und den USA zu konstatieren waren, unbedingt verhindert werden müssten. Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Verslumung. Dass die Alarmglocken der obersten Schnüffelbehörde der BRD klingelten, mag auch darin begründet gewesen sein, dass derzeit unübersehbare Sympathiebekundungen zu Praktiken des militanten und auch bewaffneten Kampfes der Linken, insbesondere bei Jugendlichen, zu beobachten waren. Die bewaffneten Gruppen nutzten übrigen die Anonymität der Schlaffabriken als logistische Rückzugsgebiete, was dem originären Job der KAs dann doch sehr nahe kam. Auch entwickelten sich Jugendrevolten, z.B. die Jugendzentrumsbewegung, die bis in kleinere Gemeinden Häuser besetzten und Selbstverwaltung forderten. Die Linke selber suchte auch Bündnisse mit rebellischen Jugendszenen und Migrantengruppierungen, die sich auch an Hausbesetzungen und anderen Enteignungsaktionen beteiligten. Das BKA, originär zuständig für die Bekämpfung von Umtrieben, die das Gefüge der Bundesrepublik insgesamt bedrohen wie Spionage, Geheimnisverrat oder Vereinigungen, die den Umsturz propagieren und revolutionäre Veränderungen, in der Sprache der Herrschenden „terroristische Vereinigungen" also, fanden Gründe genug, sich mit der Unwirtlichkeit der Trabentensiedlungen auseinander zu setzen. Ein Symposium wurde einberufen, wo Fachleute aus Wissenschaft und Praxis, Soziologen, Kriminologen, Psychologen, Sozialwissenschaftler und Polizeien, Verfassungsschützer, Sozialarbeiter und Stadtplaner sich zusammenrotteten, um Ratschlag zu halten, wie die unübersehbaren Erscheinungsformen sozialen Elends nicht nur kaschiert, sondern wegsaniert werden könnten. Die entscheidenden Diskussionspunkte waren zunächst Vorschläge, die repressiven Arsenale der Exekutive aufzurüsten: Einrichtung von Polizeirevieren, Einsatz von Jugendpolizeien, Zusammenarbeit von SozialarbeiterInnen mit den Polizeibehörden, Etablierung von Kontroll- und Überwachungssystemen wie Videokameras, systematischer Einrichtung eines Neoblockwartsystems in Form von Hausmeistereien in jedem Hochhaus etc. Entscheidende „Erkenntnis" in städteplanerischer Hinsicht war aber die Forderung, eine soziale Durchmischung in den Trabentensiedlungen zu organisieren. Diese sollte durchsetzen helfen, eine soziale Kontrolle zu etablieren.

Fannystraße und die Gaststätte „Zum Lindener Krug" 25. 5. 1967
Die Gaststätte von Mary und Rudi Pleege war in ganz Hannover nicht nur für seine Bratkartoffeln berühmt.

Die Kneipe im unteren Souterain eines Arbeiterhauses in der Fannystr. war 1967 und 68 die Stammkneipe der linken Szene in Hannover. Der Wirt war früher selber mal Boxer gewesen, wodurch die Fernsehübertragungen der legendären Kämpfe von Casius Cklay, die wir dort im Fernsehen morgens um 4 miterelebten, besondere Brisanz bekamen. Für uns Linke war Clay(später Muhamed Ali) eine wichtige Identifikationsfigur der internationalen Befreiungskämpfe und der Kämpfe der Schwarzen in den USA. Eines Tages im Herbst wurden wir von der Nachricht überrascht, dass die Kneipe dichtgemacht würde. Mary wollte in Garbsen einen neue Existenz aufbauen. Ob es ihr gelungen war, ist eher unwahrscheinlich. Die Kneipenkultur, die wir dort erlebten, war an das Lindner Milieu und der Linksradikalen Leute gebunden. Als wir uns verabschiedeten heulten wir wie die Schlosshunde.

Z.B. wurden in den Hochhäusern des Ihmezentrums Eigentumswohnungen eingerichtet, in Mühlenberg wurden am Rande mit Deisterblick Villen erbaut, in Vahrenheide wurden jüngst nach dem Abriss der „Bausünde Klingental" Eigentumshäuser gebaut, die gezielt an BewohnerInnen des Stadtteils verhökert wurden mit der Aussicht, zur Mittelschicht aufgestiegen zu sein. Kontrolle durch Eigeninitiative der Bewohner war das Credo, das gegen die Unordnung und Verslumung helfen sollte und soll.
Die Stadtentwicklung der 60iger und 70iger Jahre mit ihren barbarischen Nebeneffekten war keinesfalls ein historischer Fehltritt gewesen. Vielmehr war die Errichtung der Trabentenstädte ein kalkuliertes Manöver, um die traditionellen Stadtteile mit ihren überkommenen Solidar-und Klasenstrukturen zu modernisieren. Insbesondere die Arbeiter und Armen wurden gezielt in die moderenen Schlafstädte „umgesetzt". Dass dadurch ganz massiv politische Strukturen zerstört wurden, war gewollt. „Historisch kann man davon ausgehen, dass die Zersplitterung von Lebenszusammenhängen, das Durcheinandermischen verschiedener Klassen und die Auflösung von Nachbarschaften mit Leuten gleichlaufender Lebenserfahrungen kein bedauerlicher Nebeneffekt, sondern politisches Ziel der Sanierungen und Umsiedlungen gewesen ist.. Mit den Kriegszerstörzungen der alten Arbeiterviertel der Großstädte wurde praktisch endgültig reiner Tisch gemacht." (Autonomie, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Neue Folge, Nr. 3, 1976) Diese baugeschichtliche Epoche wurde zurecht als „die zweite Zerstörung Deutschlands" gekennzeichnet. Auf einer Demonstration in Frankfurter Westend gegen Abriss und Umsiedlung wurde 1973 ein Transparent getragen, das dies unmissverständlich ausdrückte: „Der Bombenkrieg wird im Westend mit den Baggern weitergeführt".



Die Studie des LKA in Linden ist nicht nur ein Teil von Krisenmanagement, sondern systematische Propaganda einer neuen Vorstellung von Community. Solidargemeinschaft soll nicht mehr heißen: wir helfen uns, wir sind Teile einer politischen Klasse, wir halten zusammen gegen den Zugriff kapitalistischer Herrschaft auf unser Leben, sondern ist der Versuch in den Hirnen und Herzen der Menschen die Angst vor einem imaginären Feind zu schüren, der alles bedroht. Ein systematisch etablierter Sicherheits- und Sauberkeitswahn soll den Fetisch einer heilen Welt zementieren helfen, um die die atomisierten Lebenszusammenhänge der Menschen bereit zu machen, die Verpolizeilichung der Lebenswelten nicht nur zu akzeptieren, sondern selber aktiv mitzutragen.
Dass gerade Linden zum Zielobjekt der Untersuchung des LKA gewählt wurde mag verschiedene Gründe haben. Historisch war Linden identisch mit dem „Roten Linden". Traditionell wohnte hier eine selbstbewusste Arbeiterklasse, die zumeist bei Hanomag ihre Arbeitskraft verkaufte. Linden war nicht umsonst der erste Stadtteil Hannovers, der einer umfassenden Sanierung anheimgegeben wurde. Die Zerschlagung dessen, was das Rote Linden ausgemacht hatte, ist zerschlagen.
Linden gehört heute zu den Stadtteilen mit einem angehobenen Mietpreisniveau. Linke Projekte und Selbsthilfegruppierungen werden gerne als Aushängeschild für die soziale und kulturell Vielfalt des Stadtteils gehandelt, die das Lebensgefühl steigern helfen.
Doch gerade in den Hochhäuser, insbesondere dem Ihme-Zentrum, dermals Wahrzeichen des Umstrukturierungswillen der Stadtplaner, werden zum Gefahrenquell der vielgepriesenen Neuen Urbanität auserkoren. Mit seinen unübersichtlichen Strukturen und zahlreichen Leerständen ist es zum Paradebeispiel für die Ideologien des „Verwahrlosten" schlechthin geworden. Weniger sichtbar als diese „Bausünde" allerdings war der Prozess der Zerschlagung der Sozialstrukturen dieses Stadtteils. Systematisch wurden die Arbeiterquartiere nördlich der Limmerstraße abgerissen und stattdessen Eigentumshäuschen mit Vorgarten für die gehobene Mittelschicht errichtet, die dort jetzt in bungalowähnelnden Eigenheimen mit Vorgarten leben. Die Ureinwohner sind zum größten Teilumgesetzt worden und strandeten in Garbsen, der ersten Großsiedlung am Stadtrand Hannovers
Der Kontrast zwischen Gilde-Carree, der Neubesiedlung eines Neudorfes auf dem Gelände der ehemaligen Gildebrauerei, die nach den modernsten Standards der technischen Sicherheitsbedürfnissen ausgestaltet wurde und dem Problembereich Ihme-Zentrum dürfte handlungsweisend für die LKA-Studie werden. Dies wird wiederum bedeuten: Umsetzung der Armen, der migrantischen BewohnerInnnen, der GeringverdienerInnen. Stattdessen ein neugestyltes Areal, das dann Ihme-Center heißen wird. Und nicht nur das! Darüber wird in der nächsten Ausgabe zu berichten sein.

Warum das Kriegministerium den Trialog versenkt

Absage

Am 22. Juni 2010 ließen die Commerzbank und das Kriegsministerium verlauten, dass der für September in Kiel angesetzte Trialog aufgrund „der massiven Sparzwänge im Haushalt der Verteidigung“ abgesagt sei.
Weiter heißt es: „Über die Zukunft [..] des Celler Trialogs in den kommenden Jahren wird im Lichte der weiteren Entwicklungen und mit Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft zu entscheiden sein.“

Versuch einer Einordnung

Die anfängliche, kurze Freude über den vermeintlichen Erfolg den Trialog versenkt zu haben, wich bei uns recht schnell einem erstaunten Spekulieren über die tatsächlichen Gründe für das Aussetzen des „nationalen, sicherheitspolitischen Diskussionsforums“. Wir wollen versuchen unsere Vermutungen zu ordnen und zu begründen, denn wir glauben, dass die Absage des Trialogs relativ viel über den aktuellen Stand der Militarisierung bzw. der „sicherheitspolitischen Debatte“ in der BRD verrät.
Zunächst steht für uns fest am Geld wird’s nicht gescheitert sein. Das Kriegsministerium sponserte das Treffen 2009 gerade mal mit 22.000 €. Eine Summe, die einerseits unbedeutend ist und anderseits auch ohne Schwierigkeiten außerhalb des staatlichen Verteidigungsetats aufgetrieben werden könnte. Denn schließlich stellte der Aufsichtsratsvorsitzende der ausrichtenden Commerzbank, Klaus-Peter Müller, bereits 2008 fest: »Investitionen in Sicherheit tragen eine positive Rendite«.
Deshalb war die Commerzbank auch ziemlich vor den Kopf gestoßen und unzufrieden mit der vom Kriegsministerium getroffenen Entscheidung.
Aus unserer Sicht gibt es für das Ministerium zwei entscheidende Gründe die Einladung für die Eliten aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr derart kurzfristig zurückzuziehen.

Wenn Kriegsstrategen sich streiten

Der erste Grund ist relativ banal. Innerhalb des Kriegsministeriums, der Bundeswehr und einigen anderen Sicherheitsgremien herrscht Uneinigkeit. Wir können nur mutmaßen wie sehr sich intern gestritten wird, aber wenn Uneinigkeit, wie in den letzten Monaten, schon über die Medien ausgetragen wird, scheint es recht heftig zuzugehen.
Die wohl wichtigste Auseinandersetzung hängt mit der von Guttenberg angekündigten Umstrukturierung der Bundeswehr zusammen. Die Truppenstärke soll von 250.000 auf ca 165.000 Soldaten und Soldatinnen reduziert werden. Damit einher gehen Pläne zur Abschaffung der Wehrpflicht und Standortschließungen. Große Teile der Union aber auch der SPD haben massive Probleme mit der Abschaffung der Wehrpflicht. Teile der Bundeswehr und betroffene Gemeinden fürchten finanzielle und Bedeutungsverluste durch Standortsschließungen. Im Kern ist es aber eine Auseinandersetzung zwischen den Polen Effizienzsteigerung für eine global operierende Eingreiftruppe und Anbindung an die Gesellschaft durch die Wehrpflicht.
Die Struktur und das Auftreten Bundeswehr wird sich ohne Wehrpflicht massiv verändern. Die Nachwuchswerbung wird z.B. noch deutlich offensiver ausgerichtet werden müssen. Guttenberg hat angekündigt nach der Sommerpause detaillierte Konzepte für die Umstrukturierungen vorzulegen.
Zusätzlich zu dieser aktuellen gibt es einige schon länger dauernde Auseinandersetzung. Da ist der Streit um die weitere Konzeption der Auslandseinsätze bzw. der Ausrichtung der strategischen Partnerschaften. Nicht nur Anbetracht des immer offener zu Tage tretenden Scheiterns in Afghanistan werden z.B. innerhalb der EU unterschiedlichste Szenarien diskutiert.
Die weitere Verschmelzung der Armeen der einzelnen Mitgliedsländer ist eine offene Frage. So gibt es z.B. Szenarien in denen Deutschland keine eigenständige Marine mehr unterhält. Auch das Festhalten an der Partnerschaft zu den USA oder eine Einbeziehung Russlands in militärische Strukturen ist eine Diskussion, deren Ergebnis noch nicht abzusehen ist.
Dann gibt es schon länger eine Debatte darum wie der Krieg in Afghanistan verkauft werden soll. Während Teile der Bundeswehr eine eindeutigere Benennung als Krieg fordern und von der Politik mehr Rückendeckung z.B. für gezielte Tötungen erwarten, fürchtet diese aufgrund der Unbeliebtheit des Themas bei der Bevölkerung um die eigene Wiederwahl. Doch diese Erklärung reicht schon in unsere zweite These hinein. Bevor wir diese weiter ausbreiten, möchten wir nochmal festhalten: Innerhalb des Kriegsministeriums bzw. weiter gefasst der sicherheitspolitischen Gremien der Bundesregierungherrscht in entscheidenden Fragen Uneinigkeit. Guttenberg hat angekündigt erst nach der Sommerpause, also sehr kurz vor dem geplanten Trialog, Pläne für die



Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee vorzustellen. Unsere erste These zur Absage des Trialogs ist dem entsprechend, dass das Kriegsministerium es nicht als vorteilhaft angesehen hat, in dieser Situation weitere Akteure hinzuzuziehen. Auch der Hinweis auf die „weiteren Entwicklungen und [der] Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft“ weisen darauf hin, dass das Ministerium zunächst klare eigene Positionen entwickeln, bevor es eine breitere Diskussion führen will.

Wie man etwas verkauft was keine_r haben will

Der zweite, aus unserer Sicht untergeordnete Grund, für die Absage der Konferenz ist, dass die Militarisierung der Gesellschaft bei weitem nicht so allgemein akzeptiert ist, wie ihre Geschwindigkeit es uns glauben lässt. So erschien Köhlers Rücktritt nach Aussagen zum Afghanistan Krieg für uns als radikale, antimilitaristische Linke verwunderlich. Hatte er doch nur ausgesprochen was für uns längst klar war. „Krieg ist ein politisches Mittel ökonomische Interessen durchzusetzen“. Was wir in Weißbüchern, sicherheitspolitischen Richtlinien und unseren Aufrufen schon zig mal gelesen haben, scheint gesellschaftlich bisher weder angekommen noch akzeptiert zu sein.
Der Trialog war ein Treffen von Topmanagern der Banken und Unternehmen mit militärischen und politischen Eliten um gemeinsame Interessen auszuloten und sich abzustimmen. Er war nie eine Inszenierung für die Öffentlichkeit sondern ein elitäres Treffen hinter verschlossenen Türen ohne Presse. Der Heimlichtuerei zugrunde liegt der Mangel an Akzeptanz – nicht nur für die Auslandseinsätze. Der mit dem Trialog eng verknüpfte Aufbau von Verbindungskommandos, die u.a. in Krisensituationen gegen Streiks und Demonstrationen im Inland vorgehen sollen, wurde z.B. aus gutem Grund bisher nie öffentlich thematisiert. Beim Trialog wird der Zusammenhang von krisenhaften Kapitalismus und seiner militärischen Absicherung oder anders ausgedrückt von wirtschaftlichen Interessen und Krieg (u.a. in Form von Aufstandsbekämpfung) offensichtlich. Nun gab es zum Trialog mehrere parlamentarische Anfragen, bundesweite Aufrufe, eine breites lokales Bündnis und militante Aktionen auch außerhalb Kiels – alles deutete darauf hin, dass es dieses Jahr größere Proteste geben würde, in deren Mittelpunkt die Thematisierung des Zusammenhangs von kapitalistischer Ökonomie und Krieg bzw. Militarisierung stehen würde. Wobei wir der Selbstüberschätzung gleich entgegenwirken wollen. Wir glauben zwar, dass die linken/linksradikalen Bemühungen den Trialog zur antimilitaristischen Mobilisierung zu nutzen wahrgenommen wurden und ihren Teil zur Absage beigetragen haben aber nicht der ausschlaggebende Grund für die Absage waren. So denken wir z.B., dass die Commerzbank nach Geschmack des Kriegsministeriums zu offenherzig mit der Werbung für zivil-militärische Zusammenarbeit und Verbindungskommandos umgegangen ist. Die Commerzbank hat sich offensichtlich nicht vergleichbare Sorgen um die öffentliche Meinung gemacht – schließlich will sie auch nicht wiedergewählt werden.
Unsere zweite These lautet trotzdem, dass das Verteidigungsministerium kein Interesse daran hatte, dass dieses Treffen bzw. die mit ihm verknüpften Themen in die Öffentlichkeit gezogen werden!

Alerta Antimilitarista!

Solange wir für eine gesellschaftliche Perspektive jenseits von Patriarchat, Staatlichkeit und Kapitalismus kämpfen, wird die Militarisierung der Gesellschaft eine Bedrohung für uns und unsere Strukturen bleiben. Die Absage des Trialogs ist für die radikale Linke kein großer Gewinn. Zwar hatte dieses Treffen eine große Bedeutung für die Optimierung der zivil-militärischer Zusammenarbeit und den Schulterschluss zwischen Unternehmen und Bundeswehr aber voraussichtlich lassen sich die Gespräche auch hinter noch geschlosseneren Türen fortführen.
Dennoch verdeutlicht die Absage zwei wichtige Voraussetzungen für antimilitaristische Politik. Erstens stehen wir keinem homogenen Block mit einheitliche Interessen gegenüber. Zweitens zeigt sie genau wie die vielen kleinen Rückzieher bei öffentlichen Bundeswehrveranstaltungen nachdem Protest angekündigt wurde, dass wir Einfluss auf das Tempo und die Ausgestaltung der Militarisierung haben. Sie ist wie alle anderen gesellschaftlichen Entwicklungen kein linearer Prozess, der übermächtig immer weiter voranschreitet – wir können Zumutungen, die der Staat für uns bereit hält, verhindern. Wie heißt es so schön: Geschichte wird gemacht!
Die Thematisierung von Aufstandsbekämpfung und Krieg zur Absicherung eines krisenhaften Kapitalismus, die in der Mobilisierung zum Trialog zum Ausdruck kam, trifft einen empfindlichen Punkt. Deshalb sollten wir weiter nach günstigen Gelegenheiten suchen die Pläne der Strategen und Strateginnen der Militarisierung in die Öffentlichkeit zu zerren und anzugreifen. Wenn es zur Innenministerkonfernz (IMK) vom 17.- 19. November in Hamburg ein größeres öffentlichen Interesse gibt, ist dies eine gute Gelegenheit. Doch auch außerhalb solcher Events bietet die Vielfältigkeit zivil-militärischer Zusammenarbeit zahlreiche Angriffspunkte.
Also dann auf zu neuen Taten!

AK Antimilitarismus Hannover

Infos zu Verbindungskommandos und Aufstandsbekämpfung:
antimilitarismus.blogsport.de
Infos zur IMK in Hamburg:
no-imk.blogspot.com

Castor? Schottern!
Ab dem 5. November im Wendland

„Du siehst mich schottern, aber du kennst mich nicht. Du weißt nicht für wen ich schotter, aber ich tu`s für dich. Wer wird die Gleise freilegen, wenn nicht du und ich?“ (frei nach Rio Reiser).

Das zwölfte Mal

Es ist seit Jahren ein immer ähnliches Stück, das zur verpolizeilichten Aufführung gebracht wird: Der Castortransport mit zuletzt über 30tausend Darsteller_innen, von denen etwa die Hälfte uniformiert auftritt. Elf Mal wurde der hochradioaktive Müll bislang nach Gorleben geprügelt, vom 5. bis 8. November soll das Dutzend voll werden. Die dortige Halle ist zwar technisch auch nur ein „Zwischenlager“ genanntes Provisorium, aber wichtiger Bestandteil des rechtlich abgesicherten Betriebs von AKW.

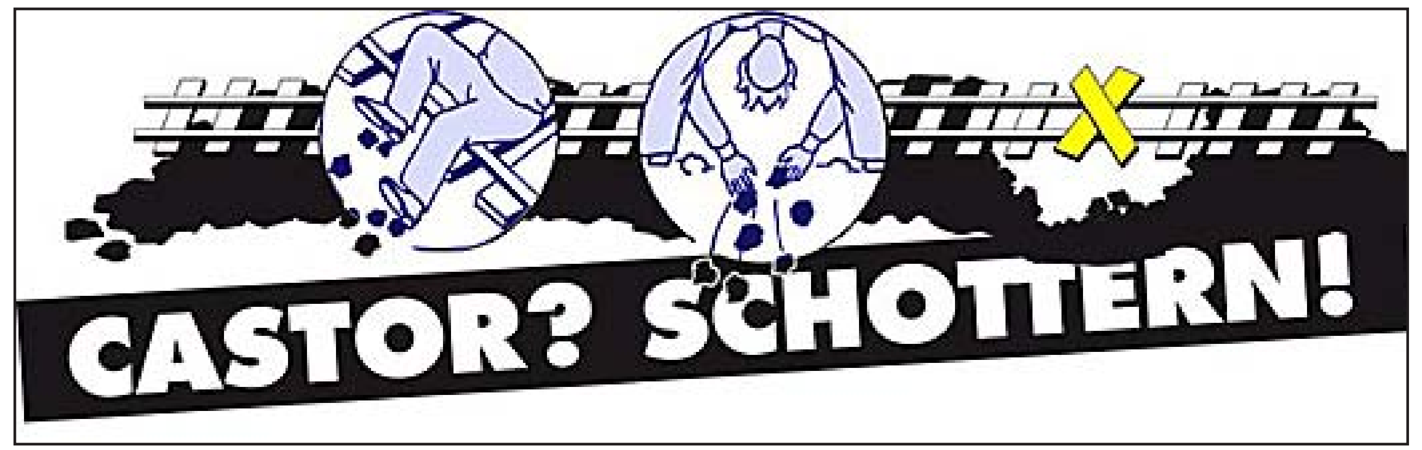
Es ist wie ein Lehrstück in politischer Ökonomie: Die Fiktion der sauberen Atomenergie ist nicht erst seit Windscale und Tschernobyl oder schleichend durch den Uranabbau an der Realität gescheitert. Historisch und aktuell sind die Entwicklung von Atomreaktoren und Atombomben eng miteinander verknüpft. Vermutlich ist die ständig in den Meinungsumfragen festgestellte Mehrheit gegen eine Laufzeitverlängerung von AKW sogar gesellschaftlich gegeben. Aber wie soll eine Regierung als „ideeller Gesamtkapitalist“ denn mit den Atomkonzernen EnBW, Eon, RWE und Vattenfall umgehen, wenn sich mit den Erneuerbaren Energien nicht die selben Profite erzielen lassen wie mit einer Laufzeitverlängerung fast abgeschriebener Atommeiler? Und die Frage für uns: Wie kann in diese gesellschaftlichen Machtverhältnissen interveniert werden, ohne auf die Placebos der Politprofis auf den großen Latschdemos wie zuletzt in Berlin hereinzufallen?

Atomausstieg bleibt Handarbeit!

„Wenn ihr unser Leben nicht achtet, achten wir eure Gesetze nicht“, war vor einigen Jahren das Motto von demonstrierenden Schülerinnen und Schülern, und es könnte als Kurzfassung des Stimmungsbarometers eines Teils der wendländischen Bevölkerung bezeichnet werden. Immer in der Gefahr, zum verklärten Mythos einer protestmüden Republik zu werden, ist der Widerstand gegen die Castor-Transporte lebendig wie unüberschaubar und - wenn es gut läuft - für niemanden vollständig vereinnahmbar. Da kommen auf jede Protestierende ein bis drei Polizisten, und trotzdem wird eigentlich immer irgendwo blockiert, liegt und steht und sitzt irgendwer oder irgendwas quer. Daran können selbst die Grünen nichts ändern, wenn sie wie jüngst auf diese ihre mittlerweile abgetrennten Wurzeln verweisen. In Zukunft sind sie vermutlich wieder so staatstragend wie jener Umweltminister Trittin, der zwischen 1999 und 2001 vehement für die Durchführung der Atommülltransporte nach Gorleben eintrat. [naja, für die Funktion und am besten Zitate der GRÜNEN sind andere zuständig...]

Wenn die Praxis zur Kampagne wird...

Das unbrauchbar machen des Gleisbettes durch „Schottern“ wird im Wendland erstmalig 1996 urkundlich erwähnt. Die durch das Schottern, aber auch durch Sägen hervorgerufene schwere Beschädigung der Strecke Uelzen-Dannenberg führt ein Jahr später zur endgültigen Stilllegung dieser Route. Wenn auch nicht mehr so erfolgreich, so reißt die Kette des versuchten Schotterns anlässlich der Castor-Transporte nicht mehr ab, aber es bleibt mit wenigen Ausnahmen bei den Versuchen von kleinen, überschaubaren Gruppen. In der jahrelangen Widerstandspraxis an den Schienen gab es häufig ein aufeinander-zu-bewegen von Sachbeschädigung als breit akzeptierter Massenmilitanz und zivilem Ungehorsam. Mit Castor? Schottern! Wird diese Entwicklung in die Form einer Kampagne gebracht. Schottern bleibt aber, darauf bestehen wir, zuerst eine aktionistische Praxis, die sich alle aneignen und umsetzen können.





Vorlieben und strategischen Entscheidungen ab. Wichtig ist uns, der aktuellen Dreistigkeit der politischen Klasse eine wenigstens in bescheidenen Ansätzen angemessene Antwort zu geben und eine solidarische Bezugnahme der unterschiedlichen Gruppen des blockierenden und sabotierenden Widerstands. Atomausstieg bleibt Handarbeit! Sofortige Stilllegung der herrschenden Klasse!

Gorleben Ultras und Old Shotterhand

Wenn die Kampagne zur Praxis wird: Aus dem Aufruf von Castor? Schottern!

„Wir sind entschlossen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöhlen und sie damit für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen. Wir wählen für die Aktion einen Schienenabschnitt, an dem an diesem Tag kein Zugverkehr außer dem Castortransport stattfindet. Während der Aktion wollen wir eine Situation schaffen, die für alle daran Beteiligten transparent ist und in der die Aktivist_innen solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen. Um auf die Strecke zu kommen, werden wir gemeinsam Polizeiabsperrungen überwinden, sie wegdrücken, umgehen oder durch sie hindurchfließen.

Wir lassen uns nicht stoppen.

Ziel unserer Aktion ist es, die Schiene unbrauchbar zu machen, und nicht, die Polizei anzugreifen. Unser wichtigster Schutz ist die massenhafte Beteiligung, unsere Vielfalt und Entschlossenheit: Während Hunderte oder Tausende die Schottersteine entfernen, werden andere durch Menschenblockaden die Aktion schützen. Wir bleiben so lange auf der Schiene, bis diese für den Castor nicht mehr nutzbar ist.“

Was nun? Was tun?

Macht euch die Idee des Schotterns zu eigen und bereitet euch auf die Aktionstage im Wendland vom 5. bis 8. November vor. Ob ihr euch bei der Massenaktion von Castor? Schottern! einklinkt oder lieber in kleinerem autonomen Rahmen agiert, hängt von euren



Demonstration
Atomkraft -Schluss jetzt!
Sa. 23. Oktober, 11 Uhr, Steintor (Hannover)

Castor- Infoveranstaltung
Mo. 25. Oktober, 20 Uhr, Raschplatzpavillon (Hannover)

Camps im Wendland
Entlang der Schine wird es ab Do. 4.November mindestens drei Camps geben: Köhlingen, Metzingen und Hitzacker

Großdemonstration im Wendland
Sa. 6. November, 13 Uhr, Dannenberg

Castor Transport
Voraussichtlich
5.- 8. November - dann ab So. 7. November Aktionen im Wendland

EA Wendland
05841 / 979430
Spenden für den EA
Volksbank Clenze
BLZ 258 619 90
Kto 129 45 300

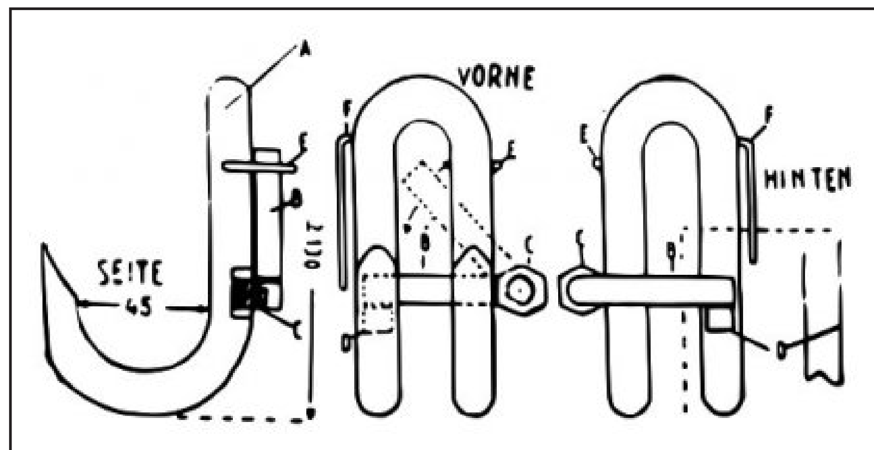
Websites:
www.castor-schottern.org
www.castor2010.org
www.castor2010.de



Castor! Schottern?

Fragen sich viele in linksradikalen, autonomen Kreisen, angesichts des derzeit breit beworbenen Aktionsaufrufes von unabhängigen Anti-Atom-Initiativen, IL- und auch autonomen Gruppen. Die Idee, zu gemeinsamen Sabotageaktionen aufzurufen und dabei über die breite Beteiligung einen Status Quo herzustellen, der es Polizei und Justiz schwer macht, alle zu kriminalisieren, die sich der Aktion zumindest verbal anschließen, hat durchaus seinen Reiz.
Dennoch stellt sich für uns die Frage, welchen politischen Nutzen eine Großaktion hat, die sich darauf stützt, daß sich möglichst viele prominente Vertreter von Parteien und öffentlichem Leben der Idee anschliessen. Die Erfahrung hat mehr als einmal gezeigt, dass diejenigen, die sich aus rein populistischen Beweggründen den Basisbewegungen aufdrängen, diese nach erfolgter Machtbeteiligung in Regierungen klein reden, sich distanzieren und weiteren Widerstand unterbinden und befrieden wollen. Der Einsicht, dass dem so ist, wurde auf Drängen von Antiatominitiativen zumindest dahingehend Rechnung getragen, dass die Parteien „Die Grünen" und die „SPD" von der Unterstützung der Aktion ausgeschlossen sind.
Warum ausgerechnet die „erlaubte" Unterstützerinnenpartei „Linke", es in Zukunft anders machen sollte, bleibt ein Geheimnis des Vorbereitungskreises. Wenn mensch dem Glauben schenken darf, was von Beteiligten des Vorbereitungskreises kolportiert wurde, waren es im wesentlichen die IL-Gruppen, die auf einer Unterstützung durch Parteien und Institutionen bestanden haben und das Bündnis in dieser Frage kurz vor ein Scheitern brachte. Ein Schelm, wer Böses dahinter vermutet.

Was bleibt, ist die Frage, ob es unter diesem Zustandekommen dennoch Sinn macht, sich an der Aktion zu beteiligen.
Wir bejahen dies ausdrücklich, denn letztlich geht es darum, den Castor zu stoppen und damit ein klares Signal an die Herrschenden in Wirtschaft und Politik zu senden.
Uns ist es dabei jedoch wichtig die Selbstbestimmtheit in der Aktion hervorzuheben und eigene Mittel und Werkzeuge zum Einsatz zu bringen, die ein Stoppen des Transports eventuell nachhaltiger bewirken, als das alleinige entfernen des Schotters. Über die Möglichkeiten, geben in letzter Zeit erschienene Broschüren ausreichend Auskunft. Welche Mittel an welchem Ort eingesetzt werden, sollte in jedem Fall gut überlegt sein.
Der Konsens über das Aktionsbild der Aktion „Castor? Schottern!" besagt, dass es nicht Ziel der Aktion sei, die Polizei anzugreifen. Solange es also um einen reinen Angriff geht, ist dieser dort nicht erwünscht. Eine Abwehr von anrückenden Polizeikräften ist jedoch durchaus erwünscht, damit genügend Zeit auf der Schiene bleibt, um die Strecke tatsächlich unbefahrbar zu machen.
Und, was ebenfalls als tolerabel kolportiert wurde, ist hier auch der Einsatz von Mitteln, die gemeinhin nicht als gewaltfrei gelten, solange die Grundidee hierdurch nicht torpediert wird und selbstverständlich nicht die anderen Teilnehmer an der Aktion gefährdet werden. (Stichwort Steine aus der zehnten Reihe, bzw. vom Bahndamm ins Getümmel).
Ob sich im nachhinein trotzdem von Aktionsformen distanziert wird, wird sich zeigen. Aus unserer Sicht scheint der gefundene Kompromiss der Vorbereitung jedoch geeignet, sich in angemessener Form zu beteiligen.





Wenn möglich jedoch nicht nur mit guten festen Handschuhen fürs schottern, sondern eben auch mit Klappspaten, Schraubenschlüsseln und Wagenhebern (ab 4t).
Des weiteren gehört bei dieser Massenaktion auch die eigene Unkenntlichmachung von Anfang an zum wesentlichen Bestandteil der Teilnahme, denn dass bei dieser Aktion die Zahl der Spitzel innerhalb der Aktion sehr hoch sein wird, daran sollte kein Zweifel bestehen. Eine hohe Zahl an Verhaftungen wird es erfahrungsgemäss erst nach der Aktion, aufgrund von Bildmaterial-auswertungen von Kleidung und Spitzelaussagen geben.
Es sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass wir gut vorbereitete Aktionen ausserhalb von „Castor? Schottern!" wie immer sinnvoll und begrüssenswert finden. Insbesondere im Vorfeld und auch im Zusammenhang mit Stuttgart 21 ist die DeutscheBahn- AG immer das richtige Zielobjekt. Egal, ob mit verklebten Fahrkartenautomaten und Anti-Atom-Spucki (ohne Spucke!), oder Hakenkrallen an Oberleitungen, abgefackelten Kabeln von Signalanlagen oder mit Farbe beworfenen Zügen.
Also: Castor? Schottern! Aber nicht nur!
Für einen selbstbestimmten Castor-Widerstand ***Eine Autonome Gruppe***



Innenministerkonferenz versenken!

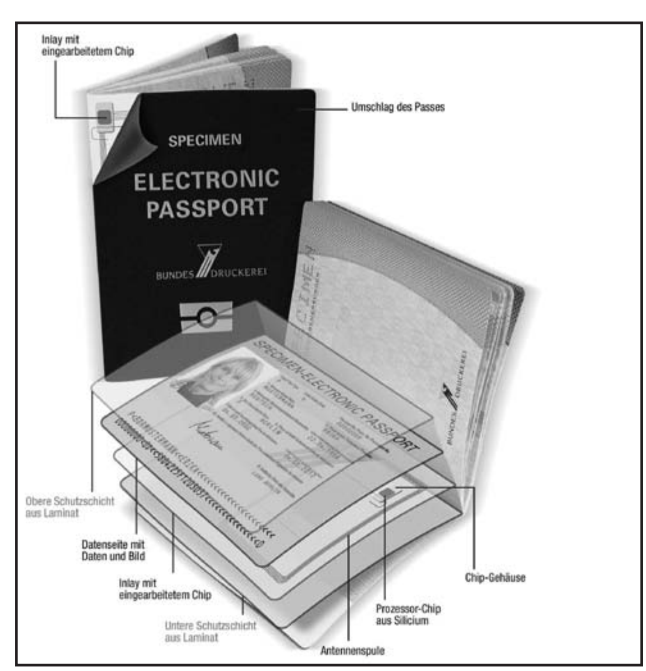
Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister (es sind tatsächlich nur Männer) und -senator_innen der deutschen Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane, wie das LKA.
An bestimmten Arbeitskreisen, die die Konferenz vorbereiten, nehmen zudem die Präsidenten des Bundeskriminalamtes, der Polizeilichen Führungsakademie und des Bundesverfassungsschutzes teil. Bei den Treffen stehen Themen wie „Innere Sicherheit", „Ausländerrecht", „Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten", „Bekämpfung des Terrorismus", „Gefahrenabwehr" oder auch „Linksextremismus" im Vordergrund.
Dabei zeigen sowohl die personelle Zusammensetzung in der Vorbereitung und auf den Tagungen als auch die Inhalte, dass sich hier nicht nur die politische Ebene trifft, sondern gleichzeitig die Exekutive mit am Tisch sitzt, woraus sich die immense praktische Bedeutung der IMK ergibt.
Die IMK findet jedes Jahr im Frühjahr und Herbst in wechselnden Bundesländern statt. Dieses Jahr ist die Stadt Hamburg die Gasgeberin.
Mit einer bundesweiten Mobilisierung zu umfangreichen Protesten, Demos und Aktionen soll den Innenministern während ihrer Konferenz in Hamburg kräftig in die Suppe zu gespuckt werden.
Bei der IMK werden die Rahmenbedingungen zur Kontrolle und Garantie einer verfügbaren und gefügigen Bevölkerung vorbereitet. Hier werden auch für die bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen eingeleitet. Die IMK steht für eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, die weit mehr umfasst als Bundeswehr im Inneren oder zivil-militärische Zusammenarbeit. Ausgangspunkt für unsere Proteste sind die verschiedenen Arten von Druck und Ausgrenzung innerhalb einer autoritär formierten Gesellschaft. Nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche sind von Repression betroffen und immer mehr Menschen bekommen diesen Druck direkt oder indirekt zu spüren.
Beispiele für Beschlüsse der letzten Konferenzen sind die Verschärfung des Versammlungsrechts, das partielle Streikverbot, Stadionverbote für Fußball-Fans und Ortsverbote für nicht ins Konsum-Innenstadt-Image passende oder auf öffentlichen Plätzen ungern gesehene Menschen.
Bisher betrafen die Auswirkungen vor allem konstruierte „Randgruppen" oder vermeintlich „Überflüssige": So sollen rassistische Sondergesetze

Migration, Abschiebungen und Aufenthalte im marktwirtschaftlichen Sinne „regulieren". Hunderttausende Menschen mit Duldungsstatus wurden jahrelang von der Abschiebung bedroht. Was als Bleiberecht, also als zumindest vorübergehende Befreiung, angekündigt war, zeigte sich in der Realität nur als ein weiteres Instrument deutscher Behörden, um Menschen nach der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu sortieren. Mittlerweile werden Kontrolle und Disziplinierung mehr und mehr auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Beispielhaft seien die Beschlüsse zur Aufhebung des Bankgeheimnisses für Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssen, die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung, der Aufbau neuer (z. B. ELENA) sowie die Vernetzung bestehender Datenbanken (z. B. Anti-Terror-Datei und EURODAC) und die Einführung biometrischer Daten in Ausweisen genannt.

Veranstaltungsreihe

Mit einer Reihe von Veranstaltungen wollen wir die Bedeutung der IMK, die von der breiten Bevölkerung unbeachtet oder akzeptiert, fleißig den Überwachungsstaat ausbaut, darstellen. Uns verbindet ein herschaftskritischer Politikansatz. Auf dieser Grundlage sehen wir die IMK als Ausdruck des politischen und ökonomischen Systems. Das Treffen der Innenminister soll Kontrolle und Repression im Sinne von Systemstabilität und Verwertungssicherheit weiterentwickeln und optimieren. Unsere Kritik an der IMK ist synonym mit einer Kritik an Herrschaft, an Macht- und Gewaltstrukturen. Unser Protest gegen staatliche Repression und autoritäre Ideologien im Inneren ist auch Protest gegen ein weltweites kapitalistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann ein gerechtes Zusammenleben möglich machen.
Wir wollen mit unserer Veranstaltungsreihe verschiedene mit der IMK verknüpfte Themen aufgreifen. Damit einhergehend wollen wir zu massiven Protesten bei der Herbstkonferenz der Innenminister mobilisieren.
Hamburg soll im November zur No-Go-Area für die IMK Schergen werden. Zeigen wir, dass wir ihre Politik zum Kotzen finden!

IMK angreifen! -
Innere Sicherheit sabotieren!
13. - 19. November
Hamburg unsicher machen!



Volkszählung 2011 – Don't count [on] us

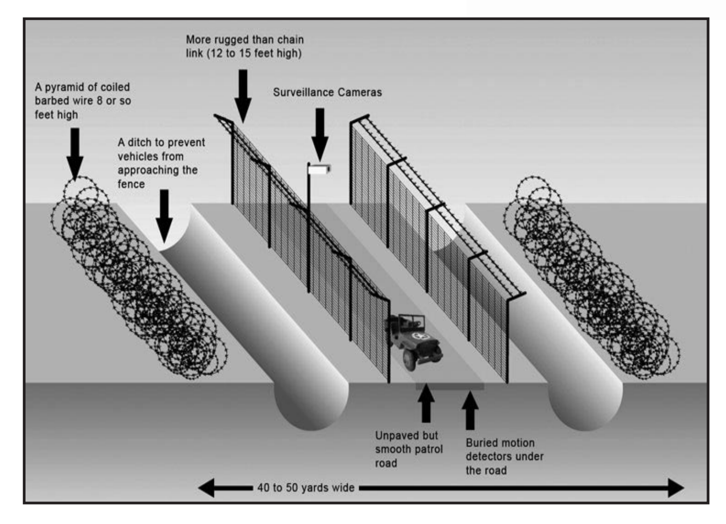
Im Jahr 2011 nimmt Deutschland an der europaweiten Zensusrunde zur Erfassung der EU-Bevölkerung teil. Im Rahmen dieses Zensus sollen von jeder in Deutschland lebenden Person Stammdaten und darüber hinaus Eigentumsverhältnisse, Wohnsituation und Religionszugehörigkeit erfasst und gespeichert werden. Über ein neu erfasstes Wohnungsregister werden Hausbesitzer_innen gezwungen Angaben zu den im Haus lebenden Personen zu machen.
Zusätzlich wird über eine Melderegisterabfrage ein Datenvergleich vorgenommen. Kommt es zu Unstimmigkeiten werden durch kommunal eingesetzte „Volkszähler_innen" Erkundigungen im jeweiligen familiären und nachbarschaftlichen Umfeld durchgeführt. Außerdem erhält im Rahmen der Volkszählung ein 10tel der Bevölkerung einen Fragebogen, den sie gezwungen sind auszufüllen. Es müssen unter anderem Auskünfte zur Weltanschauung und zum Glaubensbekenntnis angegeben werden - mit besonderem Fokus auf Menschen muslimischen Glaubens. Antworten sind in allen Fällen verpflichtend. Wer Aussagen verweigert muss mit Repressionen rechnen.
Trotz eines höchstrichterlichen Verbots aus dem Jahr 83 wird es für jede angegebene Info eine zentrale Ordnungsnummer geben, die Rückschlusse auf die Identität der Befragten zulässt. Gegen die letzte Volkszählung 1987 gab es breiten und massiven Protest aus der Bevölkerung. Dies hatte zur Folge, dass in manchen Gebieten die erhobenen Ergebnisse nicht verwendbar waren. Wie die Volkszählung funktioniert, wem sie nutzt und wie Widerstandsmöglichkeiten
dagegen aussehen könnten, möchten wir mit euch diskutieren. 1987 – Do it again! ***Eine Veranstaltung von Alerta!***

Mi. 13.10.2010 20 Uhr UJZ Korn

Rassistische Sondergesetze und der rassistische Normalzustand in der BRD

Drei Beispiele aus Hannover und Umgebung Flüchtlingslager, Gutscheine Asylantrag, Abschiebeknast, Residenzpflicht, Duldung, Abschiebung - Alltag für ca 100.000 Menschen in Niedersachsen.
Auf unser multimedialen Veranstaltung möchten wir euch aufzeigen wie hier vor Ort der Alltag für Menschen ohne deutschen Pass stattfindet.
Es wird einen Bericht einer Besuchsgruppe des Abschiebeknasts Langenhagen geben, einen kurzen Film zur Problematik der Gutscheine und es wird Besuch aus dem Lager Meinersen kommen. Bringt Geld und viele Fragen mit, die könnt ihr umtauschen in Gutscheine und Antworten.
Bis dahin eure Fem(QU)aras!

Mi. 20.10.2010 20.10 Uhr UJZ Korn



Aufstandsbekämpfung, Verbindungskommandos und zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ)

Oder warum die Militarisierung der Gesellschaft ein Angriff auf alle linken und emanzipatorischen Bewegungen ist.

Dass die Bundeswehr Gipfel wie den G8 oder die NATO-Sicherheitskonferenz in München schützt hat wohl fast jede_r schon mal gehört. Aber wer weiß schon so genau:
Was die 441 Verbindungskommandos treiben, die die Bundeswehr seit 2007 in sämtlichen Regierungsbezirken sowie Kreisen und kreisfreien Städten aufgebaut hat? Dass die Bundeswehr innerstädtische Aufstandsbekämpfung übt?
Oder warum die Bundesregierung den Einsatz von Soldat_innen gegen Streiks und Demonstrationen nicht ausschließen möchte?
Wie Forschung und Lehre nach militärischer Verwertbarkeit strukturiert und Schulen und Arbeitsämter zu verträglich abgesicherten Rekrutierungsanstalten werden?
Wir wollen (zivil-)militärische Strukturen bekannter und damit hoffentlich auch angreifbarer machen und vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Verhältnisse und repressivem Krisenmanegement nach Innen und Außen bewerten. Welche Bedeutung hat eine militarisierte, staatliche Strategie zur Unterdrückung sozialer Konflikte für uns, als in unterschiedlichen Bewegungen und Strömungen für Veränderungen Kämpfende?
Eine Veranstaltung des AK Antimilitarismus

Mo. 25.10.2010 20 Uhr UJZ Korn



Sicherungsverwahrung und Führungsaufsicht - Maßregeln der Besserung und Sicherheit

Wir haben einige Verschärfungen bzw. das Herabsetzen der Voraussetzungen zum verhängen der Sicherungsverwahrung (SV) zum Anlass genommen diese Veranstaltung vorzubereiten. Die 1933 eingeführte SV ist ohne Zweifel eine der schärfsten Sanktionen, die das deutsche Strafrecht vorsieht. (Die SV wird von der Seite der Gesetzgebung als zukunftsorientierte, präventive und Schuld unabhängige Maßregel gesehen, welche zur Folge hat, das inzwischen Erwachsene wie Jugendliche nach Verbüßen ihrer Haftzeit unter leicht veränderten Bedingungen für den Rest ihres Lebens hinter Gittern gehalten werden können.)
Die Führungsaufsicht (FA) (Maßregel, welche regulär von 2 bis 5 Jahren verhängt wird, beinhaltet z.B. Meldeauflagen nach der Entlassung, Einschränkungen der Kommunikation, Zuweisung des Wohnortes...) und ist für Menschen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen besonders hart, da für sie zusätzlich zu den "normalen" Auflagen der Führungsaufsichtsstelle noch eine „Betreuung" durch die Ausländerbehörde stattfindet. Im Laufe der Veranstaltung werden wir (evtl. mit Unterstützung einer/eines ex-Betroffenen) einen Überblick über die Geschichte und die Basics der SV und FA zu geben. Über einige Beispiele von aktuellen Entwicklungen im Bereich der beiden „Maßregeln" deren Brisanz erörtern und unsere Sicht auf diese Unterdrückungsinstrumente aus einer abolitionistischen Haltung heraus erklären. Im Anschluss würden wir uns über eine lebhafte und kontroverse Diskussion mit Euch freuen!
Eine Veranstaltung des anarchist black cross (ABC)

Do. 28.10.2010 20 Uhr UJZ Korn



Mobilisierungsveranstaltung zu den Protesten gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg

Referent_innen der Antirepressionsgruppe Hamburg werden die Bedeutung der IMK für die autoritäre Formierung der Gesellschaft herausstellen. Anschließende gehts um das Konzept der Aktionstage und die linksradikale Demo gegen Extremismustheorien und Sicherheitsstaat am Sa. 13.11. 2010. Außerdem gibt es Infos für die gemeinsame Anreise zu der Demo.

Eine Veranstaltung des AK Antimilitarismus und der Antirepressionsgruppe Hamburg

Mi. 03.11.2010 20 Uhr UJZ Korn

Rechts gleich links??? Wozu der Extremismusbegriff?

Mit Dr. Gerd Wiegel (Politikwissenschaftler) Wer nicht zur politisch legitimierten Mitte zählt, wird unter den Verdacht des „Extremismus" gestellt. Die bürgerliche Mitte kann damit unerwünschte Akteur_innen und Positionen ausgrenzen, ohne sich argumentativ mit diesen auseinandersetzen zu müssen. Humanistisch emanzipatorische Politikansätze werden mit der menschenverachtenden Ideologie der extremen Rechten gleichgesetzt. Mit dem Begriff des „Extremismus" und der sogenannten Totalitarismusdebatte wird versucht, fortschrittliche linke Politik zu ächten und zu bekämpfen.

Der Koalitionsvertrag der CDU/FDP-Regierung sieht vor, einen Teil der Gelder der „Rechtsextremismusprogramme" nunmehr zur Bekämpfung von „Linksextremismus" auszugeben. Doch rechts ist nicht gleich links. Um folgende Fragen soll es an diesem Abend besonders gehen:

Wie definiert sich der Begriff und wer definiert, was „extrem" ist? Was besagt die Totalitarismustheorie? Welche Rolle hat der Verfassungsschutz? Wie wollen wir mit dem Begriff umgehen? Mit welchen Argumenten begegnen wir den Stigmatisierungsversuchen der herrschenden Politik und welche Bedeutung hat die Debatte für die antifaschistische Bündnisarbeit?

Eine Veranstaltung der Kampagne „Nazis die Räume nehmen!"

Mi. 10.11.2010 20 Uhr Raschplatz-Pavillon




Hamburg unsicher
mAchEn !
Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister bzw. -senatoren der Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane. Sie findet zweimal im Jahr (Mai+November) statt und wechselt jährlich den Ort. Dieses Jahr liegt der Vorsitz bei Innensenator Christoph Ahlhaus in Hamburg.
Auf der Tagesordnung stehen Themen rund um den Begriff „Innere Sicherheit": Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten, „Ausländerrecht", „Bekämpfung des Terrorismus".
Die IMK formuliert für bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen: Es geht um die Ausweitung und Verschärfung des Überwachungs- und Kontrollapparates, um die Erhaltung, Festigung und Verteidigung bestehender kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Machtverhältnisse dieses Staates - nach Innen und nach Außen.
Wir wollen ein Leben frei von Kontrollen und Überwachung, keinen Krieg und kein Militär, keine Repression, keinen Rassismus, keine Festung Europa und keinen Kapitalismus!
13. - 19. NOVEMBER
nach Hamburg !!!
IMK VERSENKEN
Veranstaltungsreihe zur IMK , termine und infos unter : no-imk.blogspot.com